

Gesellschaft für bedrohte Völker

Zivilcourage auch im eigenen Land!

- Bürgerrechtsarbeit für Sinti und Roma und für Flüchtlinge (Armenier, Assyrier, Kurden, Yezidi, Tamilen, Eritreer u.a.)
- gegen Waffenexporte in die Dritte Welt
- Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen: in Ost und West



Ich unterstütze die Menschenrechtsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker:

für bedrohte ethnische, rassische und religiöse Minderheiten als Mitglied

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Dat./Unterschrift: _____

Beitrag: ab 10.- DM monatlich

Gesellschaft für bedrohte Völker

gemeinnütziger Verein

Postfach 2024, 3400 Göttingen

Tel. 05 51-5 58 22/23

Postscheck Hamburg 29 77 93-207

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 136

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1985

Solidaritätspreis DM 4,50

Immer noch:



Krieg in Nicaragua

Aus dem Inhalt:

NICARAGUA: Reagan's Rechtsverständnis — **CHILE:** Das Erdbeben und die Folgen — **BRASIL:** Mörderische Rohstoffgier — **MEXIKO:** Opposition vor den Wahlen — **KOLUMBIEN:** Selbsthilfe — **PERU:** Vor den Präsidentschaftswahlen — **GRENADA:** Rückkehr zum Paradies?

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— NICARAGUA: Reagans Rechtsverständnis: legal – illegal – scheißegal!	4
— Eine Bibliothek für Nicaragua	13
— CHILE: Schluß mit der Politik	18
— Das Erdbeben in Chile und die Folgen	21
— BRASILIEN: Mörderische Rohstoffgier	24
— PUERTO RICO: Schleichende Giftkatastrophe	32
— PARAGUAY – BRD: Stroessner-Besuch im Juli	33
— HONDURAS: Folter im Strafvollzug	37
— GUATEMALA: Entwicklungsprogramme im Rahmen der Counterinsurgency	39
— GRENADA: "Isle of Spice and Paradise"	45
— MEXIKO: Die Opposition vor den Wahlen	54
— KOLUMBIEN: Selbsthilfe: ein Schritt zur Befreiung	62
— PERU: Vor den Präsidentschaftswahlen	74
— MITTELAMERIKA: Friedensmarsch	79
— Zeitschriftenschau	81
— Eingegangene Bücher	82

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 14. März 1985

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft

Der lateinamerikanische Sommer war an spektakulären politischen Ereignissen arm. Uruguay und Brasilien haben endlich wieder zivile Regierungen: Uruguay etwas volksnäher, Brasilien etwas kapitalnäher. Mit der Aufnahme von sechs Bankern und sieben Militärs in sein endlich präsentiertes Kabinett hat Tancredo Neves den in- und ausländischen Repräsentanten der alten Ordnung die geforderte Morgengabe gebracht. Umgekehrt kann auch Uruguay kaum darauf hoffen, sich für seine Rückkehr in den Kreis der Demokratien wesentliche wirtschaftliche Erleichterungen einhandeln zu können. "Wenn es nicht nur um Reden, sondern um Opfer geht, werden reiche Demokratien recht zurückhaltend", kommentiert der FAZ-Korrespondent den Aufmarsch westlicher Außenminister Amtseinführung von Präsident Sanguinetti. Welch schwere Zeiten auf die bürgerlichen Demokraten zukommen, zeigt sich in Bolivien. Wenn ihm zwischen Außenschulden und Massendemonstrationen der Raum zu bürgerlich-demokratischer Selbstgefälligkeit zu eng wird, zögert auch Siles Zuaso nicht, sich an den Notnagel der Repression zu hängen. Der bolivianische Präsident, der sonst die Militärs mehr fürchtet als Pinochet den Marxismus, hatte jedenfalls keine Bedenken, gegen die auf La Paz marschierenden Bergarbeiter und straßenblockierenden Bauern das Militär auffahren zu lassen. Die Inflationsrate kann er dadurch auch nicht in Schach halten. Sie hat mittlerweile die 3000%-Marke übersprungen, was dazu führt, daß das Volk nun das Geld in Säcken zum Bäcker trägt; für den Rückweg genügt dann eine kleine Plastiktüte.

Schlecht dran ist auch das chilenische Volk. Nicaragua hat sofort nach dem Erdbeben 10'000 Dollar an das chilenische Rote Kreuz überwiesen. Daneben sind die lächerlichen 200'000 Dollar, die die EG zugesagt hat, schlicht eine Beleidigung. Als ob die Europäer keine andere Möglichkeit hätten, ihren Mißmut gegenüber Pinochet kundzutun. Der hat im Augenblick selbst ziemlichlichen Ärger. Zum ersten Mal ist ein Geheimdienstangehöriger desertiert und hat der Journalistin Monica Gonzalez Einzelheiten über die Ermordung Verschwunder sowie über Querelen zwischen den rivalisierenden Geheimdiensten preisgegeben (sh. Anzeige S. 83). Eine außerordentliche Untersuchung des Falls wurde vom gleichgeschalteten Obersten Gerichtshof zwar abgelehnt; dafür gibt es aber bereits zahlreiche Indizien, daß der 'Deserteur' nicht so sehr auf Druck seines Gewissens als auf Veranlassung gewisser Kreise der Luftwaffe ausgepackt hat, die sich langsam aber sicher von Pinochet absetzen wollen. Wenigstens belastet er den Pinochet-treuen Geheimdienst CNI wesentlich stärker als seine Vorgesetzten aus der Luftwaffe, die merklich geschont werden. Uns kann das nur recht sein. Immerhin haben seine Aussagen es den Angehörigen von 14 seit 1975 Verschwunderenermöglich, Anzeige wegen Mordes zu stellen. Vielleicht findet sich demnächst ein CNI-Agent, der etwas über die Verbrechen der Luftwaffe ausplaudert.

NICARAGUA

Reagans Rechtsverständnis: legal – illegal – scheißegal!

Reagan's Verbalattacken gegen die Sandinisten, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der rechten politischen Opposition Nicaraguas sowie wirtschaftliche Probleme des Landes, dies sind Punkte, auf die in den folgenden Seiten eingegangen wird.

In erfrischender Deutlichkeit hat US-Präsident Reagan in den ersten Monaten dieses Jahres das gesagt, was er schon immer über die Sandinisten gedacht hat.

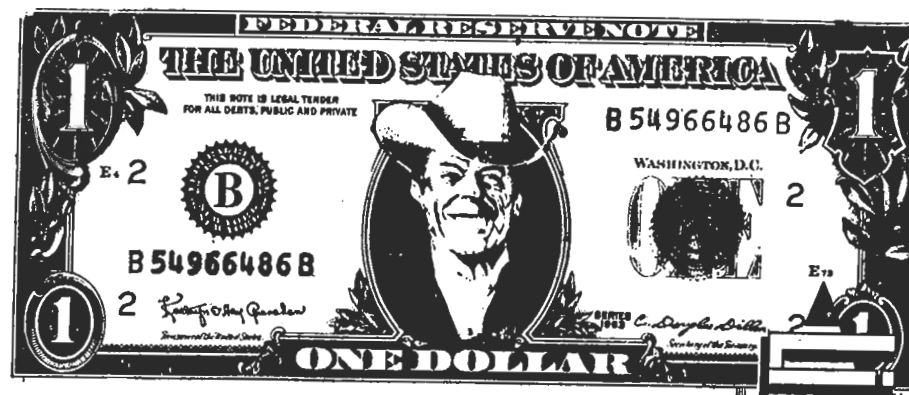
Anläßlich seiner wöchentlichen Rundfunkansprache bezeichnete er die Sandinisten (wieder einmal) als "marxistisch-leninistische Clique" und als "Satellit der Sowjetunion und Kubas". (FAZ 18.2.85)

Bei der 1. Pressekonferenz seiner 2. Amtszeit am 21.2. antwortete Reagan auf die Frage, ob er einen "Umsturz" in Managua und die "Beseitigung" der Regierung anstrebe: "Beseitigung im Sinne ihrer gegenwärtigen Struktur, welche die eines kommunistischen und totalitären Staates ist und nicht einer vom Volk gewählten Regierung, so daß man sich gelegentlich über jene wundert, die solche Legitimitätsansprüche machen". Auf die Zusatzfrage, ob er tatsächlich einen Umsturz in Managua beabsichtige, fügte Reagan hinzu: "nicht, wenn die gegenwärtige Regierung umkehrt", ihre Ziele änderte und die militante Opposition wieder in die Regierung einbezöge. (FAZ 22.2.85)

In dieselbe Richtung geht auch die Äußerung von Außenminister Schultz, es sei für die USA gleichgültig, ob ein Wechsel in Nicaragua "durch den mittelamerikanischen Friedensprozeß, durch einseitige Maßnahmen der Sandinisten oder in Zusammenarbeit mit ihren örtlichen Opponenten oder durch einen Zusammenbruch der Regierung" stattfinde. Hinsichtlich der Contra, den antisandinistischen "Freiheitskämpfern", sagte er, eine Verweigerung der Hilfe für diese Kräfte werde Nicaragua "der endlosen Dunkelheit einer kommunistischen Tyrannei" ausliefern. "Wenn wir jetzt nicht die geeigneten Schritte unternehmen, um die Sandinisten zu zwingen, zu ihren früheren Versprechen

zu stehen, ihre Aufrüstung zu stoppen, den Export der Tyrannei über ihre Grenze einzustellen und Nicaragua dem Wettbewerb von Freiheit und Demokratie zu öffnen, werden wir später, wenn sich ein Handeln nicht länger vermeiden läßt, herausfinden, daß die Risiken und die Kosten größer sind." (FAZ 25.2.85)

Diese verbale Verschärfung des Kurses der US-Administration steht in Zusammenhang mit der für Ende März anstehenden Entscheidung des Kongresses über die Bewilligung von 14 Millionen US-Dollar für die antisandinistische Contra. Doch es geht Reagan und seinen Helfershelfern nicht nur um "eine Handvoll Dollars", sondern v.a. auch darum, im Kongreß und der us-amerikanischen Öffentlichkeit überhaupt Unterstützung (oder zumindest Duldung) für ihre Mittelamerika-Politik zu finden und sich so alle Optionen für weitere Aggressionen gegen Nicaragua – vom Wirtschaftsboykott über die Unterstützung der Contra bis hin zu direktem militärischen Eingreifen von US-Truppen – offenzuhalten.



Dollars für die Contra?

Für diese These spricht u.a. das Vorhandensein anderer Möglichkeiten der materiellen Unterstützung der Contra, so z.B. die Lieferung von Waffen für die Antisandinisten durch Israel (vgl. Taz 16.11.84) oder die Versorgung der Contra mit Ausrüstungen, der Aufbau von Infrastruktur u. a.m. im Zusammenhang mit den US-Manövern in Honduras (vgl. The National Reporter, Vol. 9 No. 1) oder Hilfsleistungen aus privaten Quellen (vgl. Taz 11.9.84).

Die ideologische Rechtfertigung der Aggressionspolitik der USA gegenüber Nicaragua weist kaum neue Elemente auf. Die von Reagan wiederholt geäußerte Bezeichnung der Antisandinisten als "Freiheitskämpfer" findet man schon im Jahre 1983 (vgl. Taz 22.9.83); ebenso wie die Konstruktion einer Bedrohung der Sicherheitsinteressen der USA durch die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika im Allgemeinen und die sandinistische Regierung im Besonderen (vgl. Taz 19.7.83). Gleiches gilt für den Vorwurf, die Sandinisten würden mit Terroristen zusammenarbeiten (vgl. Taz 4.10.83). Lediglich in seiner Wortwahl ist Reagan deutlicher geworden:

"Unterstützung für Freiheitskämpfer ist Selbstverteidigung und mit den Chartas der OAS und der Vereinten Nationen völlig vereinbar." (FAZ 8.2.85) - Wie schon gesagt: legal - illegal - ...

Dieses "Rechtsverständnis" offenbart sich auch in der Ankündigung der USA vom 18.1.85, ihren Vertreter beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag zurückzuziehen, nachdem letzterer sich Ende November 1984 für zuständig im

Streitfall zwischen Nicaragua und den USA (Verminung nicaraguanischer Häfen im Frühjahr 1984) erklärt hatte. Begründet wurde der Rückzug damit, daß der Haager Gerichtshof nicht zuständig sei und es sich um eine "schlechte Nutzung des Gerichtshofs in Den Haag zu politischen und Propagandazwecken" handele (zit. n. Taz 21.1.85).

Die Verschärfung der Gangart Reagan's nach seiner Wiederwahl im November zeigt sich darüberhinaus im Abbruch der zweiseitigen Gespräche mit Nicaragua in Manzanillo und der (zumindest vorläufig) erfolgreichen Blockierung der Contadora-Verhandlungen. (siehe hierzu: iz3w Nr.123, envío Feb.1985, Nueva Voz 15.-28.2.85)

INTERNATIONALES ECHO UND NICARAGUANISCHE DIPLOMATIE

In der Propagandaschlacht um die internationale öffentliche Meinung haben die Sandinisten während der ersten Monate dieses Jahres versucht, durch weitere Zugeständnisse und Gesprächsangebote Pluspunkte zu sammeln. Hier sind v.a. zu nennen:

- der Besuch von us-amerikanischen Bischöfen in Nicaragua
- die Ankündigung d.Ortega's, eine Delegation von Abgeordneten des us-amerikanischen Kongresses zum Besuch nicaraguanischer Militärstützpunkte und Kriegszonen einzuladen, um den defensiven Charakter des nicaraguanischen Militärs zu demonstrieren
- die Erklärung, auf unbefristete Zeit die Rüstungskäufe

einzustellen, auf die Anschaffung moderner Kampfflugzeuge zu verzichten und als einseitige Vorleistung von Mai an 100 kubanische Militärberater nach Kuba zurückzuschicken (Taz 1.3.85)

- der Versuch Daniel Ortega's, bei einem Treffen mit US-Außenminister Schultz am Rande der Amtseinführung des neuen uruguayischen Präsidenten die USA zu einer Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche zu bewegen (Taz 4.3.85)

und schließlich die Freilassung eines nicaraguanischen Kriegsdienstverweigerers, von dem die Regierung Costa Rica's behauptet, er sei von nicaraguanischer Polizei aus ihrer Botschaft in Managua entführt worden (während die nicaraguanischen Sicherheitsbehörden angaben, er sei außerhalb des Botschaftsgeländes festgenommen worden). Unter Hinweis auf diesen Vorfall hatte Costa Rica seine weitere Zusammenarbeit mit der Contadora-Gruppe vorläufig eingestellt. El Salvador und Honduras schlossen sich diesem Schritt "aus Solidarität" an, so daß die für Mitte Februar vorgesehene Außenminister-Konferenz der in der sog. Contadora-Gruppe zusammengefaßten lateinamerikanischen Staaten abgesagt und die Contadora-Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußten (vgl. Taz 15.2.85).

Eine politische Initiative der nicaraguanischen Regierung zur Schwächung der bewaffneten Opposition stellt das neue Amnestiegesetz dar, das von der Nationalversammlung am 22.1.85 gebilligt wurde. Gemäß diesem Gesetzes können alle diejenigen Konterrevolutionäre nach Nicaragua zurückkehren und sich in das gesellschaftliche Leben eingliedern, die ihre Waffen niederlegen. Die Amnestie ist bis zum 19. Juli befristet. Im Unterschied zum Amnestiegesetz vom 4. 11.84 beinhaltet das neue Gesetz keine Ausnahmen, d.h., nun sind auch die Contra-Führer eingeschlossen. (vgl. envío Feb. 1985, S.9a - span. Ausgabe)

Unterstützung auf internationaler Ebene erhielten die Sandinisten u.a. von zwei Seiten.

So bezeichnete der schwedische Premier-Minister Olof Palme im Februar das Verhalten der USA gegenüber Nicaragua als vergleichbar mit dem der Sowjetunion in Afghanistan, beide verstießen gegen internationales Recht und die Charta der Vereinten Nationen. Die nicaraguanischen Wahlen des vergangenen Jahres seien ein wichtiger Schritt hin zur Erfüllung der demokratischen Ziele der nicaraguanischen Revolution. (vgl. Nueva Voz 24.2.85)

Eine Delegation von Bischöfen aus den USA, die sich Ende Februar in Nicaragua aufhielt, sprach sich gegen eine

militärische Lösung der Krise in Mittelamerika aus. Der Erzbischof von New York, O'Connor, erklärte, Managua und Washington sollten bei der Suche nach einer Lösung ihrer Differenzen auf die Anwendung von Waffengewalt verzichten. "Ich wäre schockiert, wenn Präsident Reagan etwas sagen würde, was einer Kriegserklärung gegen Nicaragua gleicht." (Taz 27.2.85)

CONTRA UND POLITISCHE OPPOSITION

Im Januar und Februar diesen Jahres ist es zu mehreren Treffen von führenden Vertretern der bewaffneten und politischen Opposition in Miami und verschiedenen Orten in Zentralamerika gekommen. Ziel dieser Treffen war die Bildung eines gemeinsamen "Komitees der politischen Aktion". Dieses sollte bestehen aus Arturo Cruz (CDN), Eden Pastora und Alfonso Robelo (beide Führer der antisandinistischen ARDE-Guerilla) sowie dem politischen Führer der FDN-Contra, Adolfo Calero. Aber wieder einmal war es Eden Pastora, der diese Bestrebungen durchkreuzte, indem er sich weigerte, dem geplanten Pakt beizutreten. (vgl. Taz 1.3.85)

Innerhalb der in der "Coordinadora Democratica Nicaragüense" (CDN) zusammengeschlossenen rechten Opposition in Nicaragua sind in den letzten drei Monaten Differenzen zutage getreten. Bei der Wahl einer neuen Leitung der CDN am 13.12.84 verlor Arturo Cruz seine Führungsposition. Neuer Präsident wurde Eduardo Rivas Gasteazoro (Partido Socialcristiano - PSC), 1. Vize-Präsident Jose Espinoza (Consejo de Unificacion Sindical (Gewerkschaftsverband) - CUS), 2. Vize-Präsident ein Vertreter des COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada - Unternehmerverband) (vgl. LAR 11.1.85).

Am 4.2.85 gab der Generalsekretär der PSC (der größten Partei innerhalb der Coordinadora), Luis Vega, bekannt, daß weder Arturo Cruz noch die zwei Mitglieder der (rechten) sozialdemokratischen Partei (PSD), Luis Riva Leiva und Ramiro Gurdian (der auch Führer des COSEP ist) als Sprecher der Coordinadora betrachtet werden dürfen. Diese Drei hatten Anfang Februar in Miami an einem Treffen mit Führern der Contra teilgenommen, das zum Ziel hatte, eine "politisch-militärische Front" gegen die Sandinisten zu bilden. Vega betonte, daß "weder die PSC noch die Coordinadora an der Bildung dieser politisch-militärischen Front interessiert sind. Jene, die daran teilnehmen, tun dies als Privatpersonen."

Ebenso distanzierte sich die PSC von der Ansicht des COSEP-Präsidenten Enrique Bolano, daß die Contadora-Initiative "unwirksam" geworden sei und das interamerikanische gegenseitige Verteidigungsabkommen gegen Nicaragua eingesetzt werden solle. (vgl. LAW 1.3.85)

Die sich andeutenden Differenzen in der Opposition gehen indes nicht so weit, als das sie nicht ihre alte Forderung nach einem "nationalen Dialog" unter Einschluß der Contra wieder "aufgewärmt" hätte.

Anfang März forderten 21 Oppositionspolitiker die sandinistische Regierung in einer gemeinsamen Erklärung ultimativ zu einem "nationalen Dialog" mit dem Ziel von Neuwahlen auf. Die Unterzeichner räumen der Regierung eine Frist bis zum 20. März ein, um Verhandlungen aufzunehmen. Wenn bis zum 30.4. bei Verhandlungen kein wesentlicher Fortschritt erzielt worden sei, sollten die Bemühungen eingestellt werden, womit "die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der nationalen Krise ein Ende fände." Zu den Unterzeichnern der Verlautbarung gehören neben Arturo Cruz auch Alfonso Robelo und Adolfo Calero. Bisher nicht unterschrieben haben Eden Pastora und Brooklyn Rivera. (vgl. Taz 5.3.85)

MISURASATA - GESPALTEN?

Anzeichen für interne Differenzen gibt es ebenfalls in der mit der ARDE-"Contra" verbundenen Indianerorganisation MISURASATA.



Brooklyn Rivera im Miskito-Dorf Sisín im Oktober 1984

Dabei geht es um die Bereitschaft Brooklyn Riveras zur Aufnahme von Gesprächen mit der sandinistischen Regierung (vgl. LN 133). Die Verhandlungen zwischen den Sandinisten und dem Miskito-Führer haben zumindest vorläufig ein Ende gefunden, seit Rivera zu einem zweiten Treffen, das für den 20.1.85 in Kolumbien verabredet war, nicht erschienen ist.

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Indianerorganisation manifestierten sich, als am 21.1. drei führende Mitglieder von MISURASATA in Costa Rica der Presse erklärten, Rivera sei als Führer der Organisation abgesetzt. Von einem MISURASATA-Sprecher wurde dem jedoch widersprochen (vgl. Taz 24.1.85) und Armstrong Wiggins, einer der engsten Mitarbeiter Rivera's, äußerte dazu in einem Interview:

"Es gibt keine zwei Fraktionen. Das sind nur drei Leute, die von der Rechten manipuliert werden, die den Dialog mit der Regierung nicht will: von UNIR (einem Zusammenschluß der zwei ARDE-Flügel und der FDN, d.Red.). Man hat sie auf einer Pressekonferenz in San Jose auftreten lassen, aber sie kontrollieren gar nichts." (Taz 5.2.85)

Brooklyn Rivera versicherte, daß die mit der nicaraguanischen Regierung begonnenen Verhandlungen behindert wurden, und zwar durch "interne und externe Feinde" seiner Organisation, die diese "in ihrer politischen Bedeutung zerstören wollen." Und weiter, daß "mächtige Herren seine Organisation und ihn persönlich ausschalten wollen". Der "angebliche Ausschluß" aus der MISURASATA sei das Werk seiner Feinde gewesen. "Ich bin ein Problem für die Contra", fügte er hinzu, "und deshalb wurde ich nicht zu einem Treffen der ARDE, FDN und MISURA (der mit der FDN verbundenen Miskito-Guerilla unter der Führung Steadman Fagoth's, d.Red.) eingeladen, auf dem sie eine gemeinsame politische Front schaffen wollen." (ides 1.2.85)

KAFFEE-ERNTEN ...

8000 Contras würden derzeit in Nicaragua militärisch operieren, schätzte Verteidigungsminister Humberto Ortega am 26.12.84. Ihr vorrangiges Ziel sei nun, nachdem der Wahlprozeß abgeschlossen ist, die Kaffee-Ernte zu stören und möglichst große wirtschaftliche Schäden zu verursachen. - 1984 haben die durch die Contra angerichteten materiellen Schäden nahezu 254 Mio. Dollar betragen, was ca. 70% der jährlichen Exporterlöse Nicaragua's entspricht. (vgl. envio Jan 85, S.3a)

Der Kaffee-Export ist mittlerweile zum größten Devisenbringer des Landes geworden. Zwischen Januar 1983 und Januar 1984 brachte er 157 Mio. Dollar bei einem Gesamtertrag aller Ausfuhren von 411 Mio. Dollar. Schätzungen gehen davon aus, daß im laufenden Erntezyklus zwischen 30% und 40% der Kaffee-Ernte nicht eingebracht werden können. (C.R. 22.2.85)

Neben den Aktionen der Contra, die sich nun erstmals auch gegen private Landgüter richten (vgl. envio Feb.85), sind hierfür Engpässe im Transportbereich und ein akuter Arbeitskräftemangel verantwortlich.

Vor der Revolution von 1979 brachten ca. 40000 "traditionelle" Pflücker die Kaffee-Ernte ein (Saisonarbeiter, Kleinbauern, Landlose).

"Das traditionelle Arbeitskräftereservoir ist in den letzten fünf Jahren auf 15000 Pflücker zusammengeschrunft. Viele landlose Bauern erhielten Land durch die Agrarreform, während andere nun in den Milizen und Reserve-Battalionen gebunden sind. Ein Exodus von Bauern nach Managua verbunden mit der Knappheit von Konsumgütern hat zu einem Boom im Straßenhandel geführt - und weniger Pflückern." (C.R. 22.2.85)

Seit 1979 haben 51000 landlose Bauern Landtitel erhalten (LAW 23.11.84) und die Einwohnerzahl Managuas hat durch Landflucht während der letzten fünf Jahre um ein Drittel zugenommen. Die in die Hauptstadt migrierten Campesinos haben ihr "Auskommen" v.a. im sog. informellen Sektor (Klein- und Schwarzhandel, Dienstleistungen etc.) gefunden. Bei einer Einwohnerzahl von 800.000 gibt es zur Zeit in der Hauptstadt 100.000 Kleinhändler. (LAW 11.1.85) Annähernd 45% der ökonomisch aktiven Bevölkerung in den Städten Nicaraguas sind im informellen Sektor beschäftigt. (vgl. envio Dez.84, S.5c)

Die Regierung versucht, den Arbeitskräftemangel in der Kaffee-Ernte durch den Einsatz von 50000 Freiwilligen und Regierungsangestellten auszugleichen. (vgl. ides 21.12.84)

... UND WIRTSCHAFTSREFORM

1985 werde ein noch härteres Jahr sein als alle vorhergehenden, prognostizierte Präsident Daniel Ortega Anfang Januar; was ja auch kein Wunder ist bei der von Somoza erbten Wirtschaftsstruktur, der permanenten Kriegssituation und - damit zusammenhängend - einem Verteidigungsbudget, das auch in diesem Jahr wieder 40% des Staatshaushalts verschlingen wird. (vgl. envio Feb. 85)

Ausweitung des informellen Sektors (Landflucht, Spekulantentum), Güterknappheit (sowohl "reale" als auch durch Spekulation erst hervorgerufene) und teilweise unzureichende Produktionsergebnisse (so ging die Produktion wichtiger Grundnahrungsmittel 1984 teilweise drastisch zurück (vgl. Taz 4.1.85)) sind nur einige der brennenden wirtschaftlichen Probleme Nicaragua's.

Vor diesem Hintergrund hat am 8.2. die nationale Leitung der FSLN verschiedene Wirtschaftsmaßnahmen beschlossen.

Als Maßnahme, die einen finanziellen Anreiz für die bauerlichen Produzenten bieten soll, wurden drastische Preiserhöhungen (zwischen 40 und 80%) bei mehreren Grundnahrungsmitteln beschlossen, die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden aufgehoben (zur Bekämpfung der Spekulation). Gleichzeitig wurden Lohnerhöhungen um durchschnittlich ca. 30% beschlossen (bei einer offiziellen Inflationsrate von 40-60% im vergangenen Jahr), die jedoch nur einen "ersten Schritt" darstellen sollen.

Um dem allgemeinen Spekulantentum entgegenzuwirken, werden in Betrieben, Dörfern und städtischen Wohngebieten eigene Verteilerstellen eingerichtet, die dafür sorgen sollen, daß die knappen Konsumgüter auch tatsächlich zu den offiziell festgesetzten Preisen verkauft werden. Diese sollen von Kleinhändlern und den Massenorganisationen getragen werden.

Als Maßnahme gegen das Problem der Devisenspekulation wurde die Landeswährung, der cordoba, abgewertet (neuer Dollarkurs statt 1:10 nun 1:28). In den kommenden Wochen soll ein freier Devisenmarkt geschaffen werden, d.h. der Kurs richtet sich nach Angebot und Nachfrage. (vgl. Taz 9.2.85 und 19.2.85, ides 15.2.85)

Quellen:

- LAW - Latin America Weekly Report
- LAR - Latin America Regional Reports Mexico & Central America
- C.R.- Latin America Commodities Report

Eine Bibliothek für Nicaragua

"MUCHACHAS DE ALEMANIA PROMUEVEN BIBLIOTECA"

Mit dieser Überschrift leitete der "Nuevo Diario" vom 31.5.84, eine der drei Tageszeitungen Nicaraguas, einen Artikel ein über die Einweihung der erweiterten Bibliothek im Hause der Lehrgewerkschaft (Anden). Dieses kulturpolitische Ereignis wurde im Rahmen eines festlichen Aktes mit Reden, einem Diavortrag, einer Ausstellung der von uns gekauften Bücher und mit einem Theaterstück der Kulturgruppe aus Masaya begangen.

Zwischen diesem Tag, der einen Einschnitt unserer Arbeit in Nicaragua bedeutete, und der Planung des Projekts war ein ganzes Jahr vergangen.

Im Juni 1983 hatten wir der Stadt Masaya unseren Vorschlag vom Aufbau einer Bücherei unterbreitet: Wir boten an, durch die Sammlung von Spendengeldern das Projekt von Deutschland aus zu finanzieren und die Bücher zu organisieren. Die Stadt Masaya sollte einen Raum zur Verfügung stellen, dessen Ausstattung wir übernehmen wollten. Fast postwendend erhielten wir die offizielle Einladung, womit die Kontakte zu Masaya hergestellt waren und unsere Arbeit beginnen konnte. Doch nun begannen auch die ersten Schwierigkeiten. Zu einfach hatten wir es uns vorgestellt, als kleine unabhängige Gruppe Geld zu sammeln. Insbesondere von größeren politischen Organisationen ist uns nur wenig Hilfe zuteil geworden, zumal wir für sie außer der Idee und der offiziellen Einladung nicht viel Vertrauenswürdiges vorzuweisen hatten. So sind wir vor allem auf die Unterstützung von Freunden, Bekannten und Kollektiven angewiesen gewesen. Mitte März 1984 konnte es endlich losgehen, und wir bestiegen das Flugzeug vollgepackt mit Büchern, einem Dia- und einem Filmprojektor. In Masaya angekommen, sah die Fortsetzung unserer Arbeit hingegen ganz anders aus. Nachdem wir die ersten klimatischen Schocks überwunden und uns an die sehr ungewohnten Sprach- und Lebensbedingungen sowie an die ganz anders geartete Einstellung zur Arbeit, zum Leben und zum Kämpfen eingestellt hatten, mußten wir uns aufgrund der örtlichen Bedingungen in Masaya erneut mit der Realisation unseres Projektes auseinandersetzen. Obwohl uns die Arbeit in Deutschland viel zu langsam gegangen war, hier kamen wir noch zu früh. Das ursprünglich für die Bibliothek vorgesehene Haus war noch nicht frei geworden; es mußte also eine neue Unterkunft für die Bücher gefunden werden, ein nicht ganz leichtes Unterfangen bei der Raum- und Materialnot in Nicaragua. Aber das Improvisationstalent der Nicaraguaner kennt keine Grenzen. Schnell und unbürokratisch fiel bei der Junta Municipal die Entscheidung: in dem an das städtische Bürgermeistergebäude angrenzenden Haus der Lehrgewerkschaft (Anden) ist von einer großen Durchgangshalle durch Konstruktion einer Holzwand ein ca. 35 qm großer Raum abgetrennt worden, welcher durch eine Tür mit der Schülerbibliothek der Lehrgewerkschaft verbunden ist.

Die beiden Räume werden jetzt zusammen von den drei Bibliothekarinnen betreut, die im Wechsel von 9 Uhr morgens bis 21 Uhr abends arbeiten.

Trotz der Erweiterung ist bereits damals absehbar gewesen, daß auch die beiden Räume in Zukunft nicht ausreichen werden. Besonders nachmittags und am frühen Abend bersten die Räume vor Schulkindern, die bei Bedarf unter Mithilfe der sehr vielseitigen Bibliothekarinnen geräuschvoll ihre Schulaufgaben machen. In naher Zukunft - vielleicht schon im nächsten Jahr - soll die Bibliothek in einem eigenen Haus untergebracht werden, welches während unserer Anwesenheit noch anderweitig genutzt wurde. Sie soll dort solange untergebracht werden, bis das geplante Kulturzentrum der Stadt "algun día" fertiggestellt sein wird. Aber das alles kann noch einige Jahre dauern. Die Übergangslösung, die Bücher im Hause der Lehrgewerkschaft unterzubringen, ist unserer ursprünglichen Vorstellung einer eigenständigen Stadtteilbibliothek sehr nahe gekommen. Die Bibliothek ist uneingeschränkt und unentgeltlich für alle benutzbar, allerdings werden die Bücher aufgrund des allgemeinen Büchermangels nicht ausgeliehen. Film- und Diaprojektor hingegen werden auch für andere öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Wir haben das Gefühl, daß "unser" Projekt in den besten Händen ist. Die sehr engagierten Bibliothekarinnen wollen uns über fehlendes Material auf dem Laufenden halten. Wir haben versprochen, soweit es in unseren Möglichkeiten steht, diese Materialien zu besorgen und den Transport nach Nicaragua zu organisieren. Das Verhältnis zwischen den Bibliothekarinnen und uns war nicht von vorneherein so offen und herzlich, wie es sich dann im Laufe unseres Aufenthaltes entwickelte; denn anfangs war die Entscheidung, die Bücherei in ihren Arbeitsbereich zu integrieren, über ihren Kopf hinweg gefällt worden, so daß dies natürlich allgemeine Verstimmung verursachte. Erst durch nähere Kontakte und die Zusammenarbeit änderte sich das Verhältnis grundlegend.

ABRECHNUNG UND ZUKÜNFTIGE PLANUNG

Die bis zum Zeitpunkt unserer Abreise (Mitte März) zusammengekommenen Spendengelder beliefen sich auf 12.000 DM. Diesen Betrag haben wir inzwischen für Bücher, Film- und Diaprojektor, Bücherregale, Renovierungsmaterial und Ausstattungskosten vollständig ausgegeben, so daß unser Kontostand wieder auf Null angelangt ist. Eine Bibliothek bedarf einer kontinuierlichen Aufstockung mit weiteren Büchern. Hinzu kommt, daß wir einen recht großen Anteil der in unseren Büchereinkaufslisten aufgeführten Titeln nicht in Nicaragua und Costa Rica erwerben konnten. Wir planen, die fehlenden Bücher im kommenden Frühjahr in Spanien zu kaufen. Dringend benötigt wird auch das Einbinde-material sowohl für die von uns angeschafften als auch für die bereits vorhandenen Bücher, das es in Nicaragua zur Zeit nicht gibt. Einige von den neuen Paperbacks sind schon in der kurzen Zeit arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Erwünscht sind des weiteren Diapositive und Filme zur besseren Veranschaulichung (16mm) von Unterrichtsstoffen und zur Unterhaltung.

Die Realisierung dieser Planung hängt natürlich auch in Zukunft von eurer Unterstützung ab. Die Unterstützung kann neben Spenden, geldern auch in Form von aktiver Mithilfe bei der Organisation von Informationsveranstaltungen, Film- oder Diaabenden, Lesungen, Fester usw. geschehen.



Alphabetisierung ist Befreiung

ZUM BILDUNGSWESEN

Der Bereich von Bildung und Kultur - trägt er doch neben der Lebensmittelversorgung und Gesundheitsfürsorge wesentlich zur Freiheit der Menschen bei - hat in der Revolution einen hohen Stellenwert. Gerade in diesem Bereich ist Nicaragua auf ausländische Unterstützung angewiesen, denn es fehlen Fachkräfte, Räumlichkeiten, Mobiliar, Arbeitsmaterialien wie Papier, Schreibzeug und Bücher, die fast alle Importgüter sind, d.h. nur gegen harte Devisen von der Regierung eingekauft werden können. Heute besuchen fast alle Kinder die kostenlosen und obligatorischen Grundschulen. Die Zahl der Grundschüler hat sich zwischen 1978-82 von ca. 370.000 auf 535.000 erhöht. Sie besuchen die Schule wahlweise morgens oder abends, da viele von ihnen gezwungen sind, halbtags zu arbeiten. Als Folgeerscheinung der geringen Bildungsmöglichkeiten unter der Somozadiktatur besteht generell ein großer Nachholbedarf an Wissen. So nimmt heute weit über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Zusammen mit den Schulkindern betrug 1982 die eingeschriebene Zahl der lernenden Nicaraguaner/innen auf allen Schulebenen über eine Million Menschen.

BÜCHERANGEBOT IM BUCHHANDEL

Seit ca. 3 Jahren gibt es einen eigenen Verlag "Nueva Nicaragua", in dem inzwischen etwa 90 meist belletristische Werke nicaraguanischer und anderer Autoren herausgegeben werden. Diese Auswahl weist darauf hin, welchen Stellenwert das Lesen und die damit verbundene Bewußtseinswerdung in einem revolutionären Prozeß hat und wie wichtig Literatur und Poesie in der heutigen nicaraguanischen Gesellschaft sind. Ferner gibt es im Buchhandel viele Bücher aus Cuba, der UDSSR und der DDR, die billig angeboten werden. Aufgrund von Devisenmangel hält sich der Einkauf von Büchern aus anderen Ländern, beispielsweise aus Mexico, Panama, Spanien oder Costa Rica, in Grenzen, da diese im allgemeinen sehr teuer sind.

Das knappe Angebot erstreckt sich auf teils sehr gute, anschauliche Kinder- und Jugendbücher, vor allem populärwissenschaftliche Bücher, historische und politische Abhandlungen (z.B. über Grenada, Vietnam, Cuba), Bücher über Imperialismus, über die neuere Geschichte sozialistischer Länder, über Weltwirtschaft und anderes; überdies gibt es auch viele Werke der Weltliteratur, darunter vor allem aus den Bereichen der Belletristik und ökonomisch-gesellschaftlichen Analyse (z.B. Marx/Engels). Der Einkauf der Bücher wird zentral von dem staatlichen Buchvertrieb "IMELSA" organisiert, dem auch zahlreiche Buchläden angeschlossen sind. Daneben gibt es noch einige private Buchhandlungen, die ihre Einkäufe direkt durch Beziehungen zu ausländischen Verlagen abwickeln, so daß wir zuweilen auf überraschende Funde gestoßen sind. So ist uns z.B. in einem kleinen Buchladen Masayas Rudis Dutschkes "Lenin auf den Kopf gestellt" in die Hände gefallen, aber auch "Summerhill" und Kafkas "Die Verwandlung" sind in Nicaragua zu erwerben.

BIBLIOTHEKSWESEN IN NICARAGUA

1981 sind in Nicaragua 34 öffentliche Bibliotheken gezählt worden, die sich mit Ausnahme des Departement Rio San Juan über alle Departement des Landes verteilen. Jeweils mehrere Departements werden Regionen zugeteilt; die dort existierenden Bibliotheken sind in Koordinationsausschüssen zusammengeschlossen. Die Zuteilung von Geld und neuen Büchern auf die verschiedenen Büchereien erfolgt zentral durch eine Abteilung des Kultusministeriums. Es ist aber auch ein überregionaler Austausch zwischen den einzelnen Bibliotheken üblich. Um wenig versorgte, abseits gelegene Gebiete nicht ganz zu vernachlässigen, werden vereinzelt "rollende Büchereien" eingesetzt, wie beispielsweise in den Randbezirken Managuas. An der Atlantikküste, wo viele Siedlungen nur auf dem Wasserwege erreichbar sind, sollen zwei Biblio-boote mit Bücherkisten eingesetzt werden.

AUSSTATTUNG DER BIBLIOTHEK IN MASAYA

In Masaya, mit 100.000 Einwohnern eine der größten Städte Nicaraguas, gibt es nur eine einzige öffentliche Bibliothek mit einem Bestand von rund 1.300 Büchern, die von der Lehrgewerkschaft "ANDEN" eingerichtet worden ist. Der zusammengewürfelte Bestand in der von uns unterstützten Bibliothek ist typisch für nicaraguanische Verhältnisse. Ein Großteil der alten Bestände stammt aus privaten Sammlungen, die, nachdem ihre Besitzer das Land verlassen hatten, in staatlichen Besitz übergegangen sind, und aus mehreren Sammelaktionen, die unter dem Motto "Ein Buch für Masaya" stattgefunden haben. Es ist unschwer vorstellbar, daß die Bücher einerseits veraltet sind und andererseits kaum den Bedürfnissen des größten Teils der erst jüngst alphabetisierten Bevölkerung entsprechen.

Im Groben ist die Bücherei in drei Bereiche aufgeteilt: in die Abteilung Schulbücher, Weltliteratur und neuere revolutionäre Bücher und Zeitungen. Die Sparte Weltliteratur beschränkt sich größtenteils auf europäische Autoren der antiken und neuzeitlichen Klassik. Nur in der dritten Sparte sind neuere Werke zu finden, die aus dem revolutionären Nicaragua hervorgegangen sind, so z.B. Bücher von Rubén Dario, Carlos Fonseca oder Ernesto Cardenal und natürlich auch diejenigen des Freiheitskämpfers Sandino.

Es fiel uns nicht schwer festzustellen, was alles fehlte. Mit ca. 500 neu hinzugekommenen Büchern versuchten wir, den Bestand möglichst breit gestreut zu erweitern. Zunächst hatten wir in Berlin spanischsprachige Belletristik, Frauenliteratur sowie andere Bücher lateinamerikanischer Autoren gekauft, von denen wir wußten, daß sie in Nicaragua nicht zu haben sind. In Nicaragua kauften wir weitere Bücher anhand von Listen ein, die die Bibliothekarinnen zusammengestellt hatten. Dabei legten wir den Schwerpunkt auf Schul-, Kinder- und Jugendbücher, weil zunächst vor allem Schulkinder die Bibliothek benutzen. Hinzu kamen außerdem aktuelle Nachschlagewerke, Wörterbücher, Enzyklopädien. Außerdem versuchten wir, die Bibliothek durch Bildbände, Landkarten und Poster, einen Globus, Spiele und weitere Anschauungsmaterialien attraktiv zu gestalten.

Bei Nachfragen oder zur Kontaktaufnahme wendet Euch bitte an:
Ulrike Schütte, Pfuelstr. 5, 1000 Berlin 36, Tel. 030/6188385

Spendenkonto: FDCL, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61
Postgiroamt Berlin-West Kto 17 69 66 - 104
Stichwort: Bibliothek Masaya

CHILE

Schluß mit der Politik

Die Zeit der sogenannten "politischen Öffnung" ist in Chile jetzt auch ganz offiziell vorbei. Die beiden dafür zuständigen Minister wurden vom Diktator, dem Präsidenten General Augusto Pinochet, kurzerhand an die Luft gesetzt. Der für Lateinamerika zuständige Vertreter des State Departments aus Washington schaute eben mal für ein paar Tage in Santiago vorbei und zeigte sich - natürlich im Interesse der Demokratie - zufrieden mit der Diktatur.

Pinochet arbeitet. Er schläft nicht. Er paßt auf. Wenn alle Chilenen an nichts anderes als an die Sommerferien denken, ist er damit beschäftigt, seine Machtstellung zu festigen und keinen Zweifel daran zu lassen, daß er die verfassungsmäßige Ordnung, die ihm noch vier bis zwölf Jahre Herrschaft gestattet, konsequent gegen die Demokraten in Chile und in der Welt verteidigen wird.

Bevor das Erdbeben vom 3. März mit seinen schrecklichen Folgen alle Aufmerksamkeit auf sich zog, hatte der Diktator am 11. Februar mit einem Überraschungsangriff für eine Machtverschiebung gesorgt, die ihm für die nächste Zeit Ruhe an der innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Front verschaffen soll. Er ließ ohne jede Vorwarnung verkünden, daß er alle Minister um ihren Rücktritt bäte, und entließ dann den Innenminister und Chef des Kabinetts Sergio Onofre Jarpa, der für ihn seit August 1983 mit dem Scheinangebot einer politischen Öffnung die Kampfbereitschaft der Opposition zu lähmen versucht hatte, sowie den Finanzminister Luis Escobar, der wenigstens zeitweilig mit einer weniger doktrinären und etwas pragmatischeren Linie in der Wirtschaftspolitik die krisengeschüttelten Unternehmer mit der Diktatur hatte versöhnen sollen.

Seit im November 1984 der Belagerungszustand, die Aufhebung der Pressefreiheit und die Verbannung von Hunderten aktiver Leute in die entferntesten Provinzen den fast zwei Jahren heftiger politischer Agitation

und nationaler Proteste ein vorläufiges Ende setzten, waren Jarpa und Escobar an und für sich überflüssig geworden. Ihr weiteres Verbleiben im Amt konnte höchstens erwünschte oder unerwünschte Illusionen über den nur vorläufigen Charakter der verschärften Repression wecken.

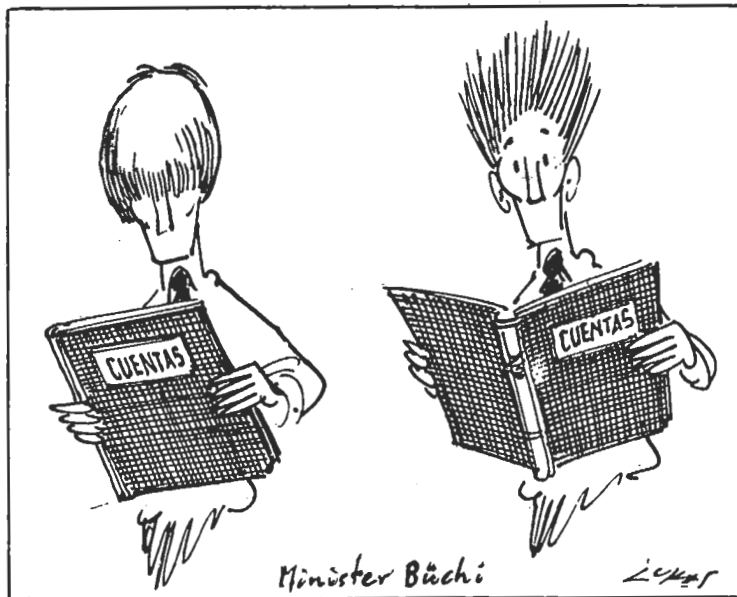
Pinochet hat nun mit der Entlassung von Jarpa und Escobar jede Vorstellung, daß mit ihm ein Handel über eine vorgezogene Rückkehr zur Demokratie möglich sei oder daß er sich für eine Revision der monetaristischen Wirtschaftspolitik gewinnen lassen könnte, gründlich als falsch entlarvt. Davon zeugt schon die Auswahl der Nachfolger, die nichtsahnend - so behaupten sie jedenfalls - im Süden Chiles ihre Sommerferien genossen, als sie der Ruf des Präsidenten erreichte:

Der neue Innenminister Ricardo García Rodríguez hat mit Politik bisher so gut wie nichts zu tun gehabt. Er ist ein Mann der Privatwirtschaft, der sich noch am ehesten im Bankwesen und in der Wohnungsbaufinanzierung auskennt. Er will sich erklärtermaßen der verfassungsmäßigen Wiederherstellung der demokratischen Ordnung nach dem vorgesehenen Zeitplan widmen, was in Wahrheit bedeutet, daß sich an der Diktatur nichts ändern soll. Auf eine politische Auseinandersetzung mit der Opposition wäre er auch gar nicht vorbereitet.

Der neue Finanzminister Hernán Büchi ist ein locker und drahtig auftretender Boy von 36 Jahren aus dem Süden des Landes, wie schon der deutschklingende Name verrät. Seine Verehrung für den früheren Finanzminister Sergio de Castro, den Chef aller chilenischen Monetaristen, verheimlicht er nicht, und so kann man ihn denn auch getrost zu den Chicago boys zählen, obwohl sein Diplom von der Columbia University stammt. Für ihn stellt sich seine neue Aufgabe als eine rein technische dar. Das bedeutet in der Sprache der Monetaristen, daß man auf keinerlei politischen Druck irgendwelcher sozialen oder wirtschaftlichen Interessengruppen zu reagieren gedenkt und alles Heil von dem freien Spiel der Kräfte der Privatwirtschaft auf dem Markt erwartet.

Die ersten von Büchi getroffenen Maßnahmen entsprachen denn auch genau dieser ordnungspolitischen Zielvorstellung: Der Peso erfuhr gegenüber dem US-Dollar eine außerplanmäßige Abwertung um neun Prozent, und die Zölle wurden auf einen niedrigeren Satz von 30 Prozent vereinheitlicht.

Mit diesen Maßnahmen wurden zugleich Wünsche des Internationalen Währungsfonds erfüllt, der eine Delegation nach Santiago geschickt hatte, die mit Escobar lange Verhandlungen geführt hatte und jetzt mit Büchi ein Abkommen unterzeichnen konnte. Der Internationale Währungsfonds ist mit dem Wechsel im Finanzministerium offenbar hochzufrieden. Ob die Bereitschaft, der Diktatur zu helfen, dem Land viel einbringt, muß aber zweifelhaft bleiben. Die wirtschaftliche Zukunft Chiles ist in einem solchen Ausmaß von der Entwicklung der Zinssätze auf den internationalen Geldmärkten und von den Weltmarktpreisen für das Hauptexportprodukt Kupfer abhängig, daß mehr oder weniger Wohlwollen des Währungsfonds auch nicht viel ändert.

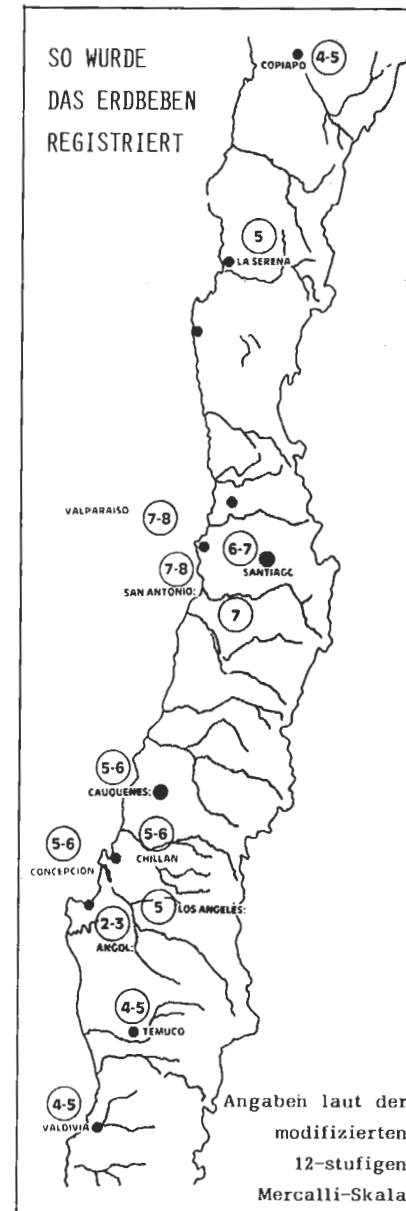


Aber auch die wiedergewählte Reagan-Administration in den USA sieht die Diktatur in Chile mit Augen des Wohlgefallens. Der Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten im State Department, Langhorne Motley, besuchte Ende Februar für 94 Stunden Santiago, sprach mit Vertretern aller denkbaren politischen Richtungen außer mit den bösen Kommunisten, um endlich zu verkünden: "Die Demokratien der westlichen Welt haben eine Dankesschuld für das, was das Volk und die Regierung von Chile 1973 getan haben." Mit Pinochet wußte er sich einig im Kampf für die Demokratie in Lateinamerika gegen die Diktaturen - in Kuba und Nicaragua. Der Chronist erspart sich die jeweiligen Anführungszeichen.

Das Erdbeben in Chile und die Folgen

Das schwere Erdbeben, das Mittelchile am Abend des 3. März erschütterte, hat an unmittelbaren Opfern etwa 145 Tote und rund 2000 Verletzte gefordert; die Zahl der Obdachlosen wird in Agenturmeldungen mit rund 200'000 angegeben. Sowohl von seiner Intensität als seiner Stärke war es eines der heftigsten Beben in der Geschichte Chiles.

Bilder aus Chile lassen an zerbombte Städte denken; die Fotos zeigen darüberhinaus zweierlei: Es sind vor allem ältere, häufig nur aus Lehmziegeln gebaute Häuser, die zusammenstürzten; in dieser Hinsicht ist mit am schwersten betroffen die Hafenstadt San Antonio, die zu ca. 70% zerstört wurde. Die Fotos zeigen aber auch neueste Gebäude, zum Teil von 1980/81, die in sich zusammenbrachen. Mit anderen Worten: in dem bekanntermaßen erdbebengefährdeten Land sind übliche Sicherheitsstandards nicht eingehalten worden; ökonomiebewußte Bauherren ließen pfeifen. Diese Tatsache verlangt eine Korrektur des Eingangssatzes: Es war nicht ein Naturphänomen außerhalb menschlicher Verantwortung, das die Opfer "forderte"...





Immer drängendere, auch in der kontrollierten Presse gestellte Fragen nach den Schuldigen werden von Regierungssprechern jedoch mit der Bemerkung abgewimmelt, die Ursachen müßten erst sorgfältig untersucht werden.

Das betroffene Gebiet Santiago - Valparaíso (mit der Nachbarstadt Viña del Mar) gehört zu den am dichtesten besiedelten und am weitesten entwickelten Regionen Chiles; so sind auch die Schäden an der Infrastruktur (vor allem Straßen, Brücken, Hafenanlagen) enorm - 500 Millionen Dollar nach ersten Schätzungen. Sollte sich diese Zahl auch nur annähernd bestätigen, so wäre es - an materiellen Schäden gemessen - das zweit schlimmste Beben in der Geschichte Chiles.

Noch garnicht abzusehen ist, wie sich die Katastrophe auf die Wirtschaft auswirken wird; schon vorher sträubten sich - in der Karikatur des regimetreuen 'Mercurio' - dem neuen Finanzminister Büchi die Haare angesichts der nicht bezahlbaren Auslandsschulden. Zur Zeit unseres Redaktionsschlusses handelt er in New York neue Bedingungen mit den internationalen Gläubigern aus.

Entschlossen zeigt sich die Regierung, um zu verhindern, daß aus der zusätzlichen Not politisch-sozialer Zündstoff werden könnte. Als es in dem schwer zerstörten San Antonio zu Unruhe kam, weil eine Woche nach dem Beben noch immer Tausende ohne Obdach waren und die Lebensmittelversorgung unzureichend blieb, reagierte sie sofort - indem sie den Sender schloß, der diese Unzufriedenheit artikulieren wollte.

Noch drastischer gebärdete sich das Regime in Valparaíso. Als es dort wegen der seit mehr als einer Woche unterbrochenen Wasserversorgung in mehreren Vierteln zu Unruhen kam, ließ es die Hafenstadt kurzerhand von Militär besetzen.

Erste Berichte lassen uns ahnen, was ein solches Erdbeben über Menschen und Gebäude hinaus zerstört oder schädigt: die materiellen Grundlagen sozialer und politischer Arbeit, seien es Arbeitsräume oder Arbeitsmaterialien. Wo zu viele Dächer über dem Kopf erst wieder errichtet oder repariert werden müssen, könnten die Kräfte und die Mittel für solche Projekte knapp werden.

Trotz der tagelang fast zusammengebrochenen Kommunikation mit Chile ist ein erster solcher Hilferuf schon bei uns eingetroffen; wir fürchten, weitere werden folgen.

Ein konkretes Beispiel bietet die Arbeit der Vicaria de Solidaridad; wegen der Schäden an ihrem Gebäude mußte sie alle Abteilungen bis auf die Rechtsberatung schließen. Wann und ob die Arbeit wieder aufgenommen werden kann, ist ungewiß.

Um zu verhindern, daß wichtige gesellschaftliche und/oder politische Arbeit aufgrund materieller Schäden stagniert, rufen wir unsere Leser zu Spenden auf. Wir denken dabei freilich (bei aller Hochachtung für ihre Arbeit) weniger an Organisationen wie die Vicaria, die eher aus eigener Kraft Zugang zu internationalen Hilfgeldern finden können - als an solche Gewerkschafts- und Basisgruppen und Campamentos, denen dieser Weg versperrt ist.

Spendet zum Wiederaufbau beim Erdbeben zerstörter Basisprojekte!

Postgirokonto Berlin-West 38 00 87 - 108 BLZ 100 100 10
E. Kohut, Sonderkto. 'Hilfe für Chile' Stichwort Erdbeben

BRASILIEN

Mörderische Rohstoffgier

Auch zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch den neuen brasilianischen Präsidenten ist das Überleben großer Teile der brasilianischen Bevölkerung weiterhin völlig ungesichert. Rohstoff- und Profitgier der Großkonzerne treibt die Entwaldung Amazoniens immer mehr voran. Landarbeiter und Indianervölker werden oft auf brutalste Weise von ihrem Land vertrieben. Das Javarital im extremen Westen Brasiliens, wo der Staat Amazonien an Peru angrenzt, ist ein Gebiet dichten Urwaldes, in dem verschiedene Indianervölker leben - unter ihnen einige noch nicht kontaktierte -, die keinerlei Kontakt mit der weißen Gesellschaft aufnehmen wollen.



SCHNEISEN UND LANDEPLÄTZE IN DEN TROPISCHEN REGENWALD

In dieser Region begann die staatliche Erdölgesellschaft, Petrobras, 1982 erneut mit den Erkundungstätigkeiten, die 1972 eingestellt worden waren. Eine Ausrottung der "wilden" Stämme im Westen droht. Riesige Schneisen wurden von Petrobras in den Wald geschlagen, allein im Gebiet des Jandiatuba über 500. Am 3.1.85 begann Petrobras mit der Einführung einer ersten Sonde am Jandiatuba-Fluß. Jetzt wird eine zweite Sonde am São José-Fluß, der vom Itaquai-Fluß abgeht, eingeführt. Diese zweite Sonde befindet sich in etwa fünf km Flugentfernung (per Hubschrauber) von dem Ort entfernt, wo eine noch nicht kontaktierte Indianergruppe lebt, die zufällig aufgefunden worden war.

Auch werden in der Region zwischen den Flüssen Jandiatuba und Itaquai Startbahnen für Flugzeuge mittlerer Größe gebaut und Städte geplant, die als Unterstützungsbasis für die Präsenz des Unternehmens in der Region gedacht sind.

MISSACHTUNG DER LEBENSRECHTE

Das Invasionszenario besteht aus einem Bauplatz mit über 500 Arbeitern. Sie arbeiten mit Maschinen und Treckern am Bau einer Straße, die Benjamin Constant mit dem weiter südlich gelegenen Eirunepé verbinden soll. Die große grenznahe Straße (BR-307 oder auch Perimetral Norte genannt), die schon durch das Javari-Tal führte, wird in dieser Weise umgeleitet, um den Interessen von Petrobras noch mehr entgegenzukommen. So soll die Besetzung der Region zunehmend konsolidiert werden. Ein wahrhaftes Pulverfaß ist entstanden.



Trotz mehrfacher Warnungen verfolgt Petrobras seine weiteren Arbeitspläne. Es stellte sogar zynisch fest, daß "Maßnahmen ergriffen würden, um jedweden Zwischenfall mit den Indianern zu vermeiden und falls etwas passieren würde, so sollten die Auswirkungen auf ein Minimum beschränkt werden, sodaß die Explorationstätigkeit weiter fortgeführt werden könne." Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, was das bedeutet "die Effekte zu minimisieren", wenn man weiß, daß die Petrobras-Funktionäre mit Munition versorgt werden, bevor sie über Land fahren...

Das Eindringen in das Gebiet, das als Indianerreservat vorgeschlagen wurde (den Javari-Park) ist nicht erst neueren Datums. Mit der Eröffnung der Perimetral Norte, die den Park durchquert, entstanden die Konflikte in systematischer Form.

Inzwischen wurde das Eindringen per Vertragsabschluß zwischen der staatlichen Indianerschutzbehörde FUNAI und der staatlichen Ölgesellschaft, Petrobras, offiziell abgesegnet. 1983 führte es zu Konflikten zwischen der Petrobras und den Indianervölkern. Damals wurden Explosionen durchgeführt, um die Indianer zu veränsichtigen. Die Petrobras ist in dem Gebiet durch die CBG, eine Tochtergesellschaft der französischen Gesellschaft für Allgemeine Geophysik (CGG) vertreten.

ÜBERLEBENSKAMPF UND KRIMINALISIERUNG DER INDIANER

Am Itacoai-Fluß in dem Bezirk Atalaia do Norte, zweitausend km von Manaus entfernt, fand am fünften September 1984 ein Konflikt zwischen FUNAI Funktionären, der CBG und den noch nicht kontaktierten Korubo-Indianern statt. Dabei kamen der FUNAI-Funktionär Lindolfo Nobre Filho und der CBG-Funktionär João Praia Caldas ums Leben. Empört über die zahllosen Besetzungen ihres Landes töteten die Korubo drei Tage darauf auch noch den Holzfäller Oscar Evangelista de Almeida.

Familienmitglieder der Toten, Massenkommunikationsmittel und Bewohner der Region bezeichneten die Korubo überstürzt emotionsgeladen als grausame verräterische, perverse und wilde Bestien. Aber was nicht gesagt wurde ist, daß dieses Verhalten das Resultat bereits

erlittener Morde auf Seiten der Indianer und des Eindringens der Pionierfronten in das Gebiet um die Flüsse Jutai, Jandiatuba und Itacoai ist, in dem fünf Indianergruppen leben, die noch jede Beziehung zur weißen Gesellschaft ablehnen.

Nach Auskunft der Arbeiter des Unternehmens wird jeder gewaltsame Vorfall seit den Ereignissen im September den Indianern angelastet.

Ein weiteres Beispiel für die extreme Spannung ist ein Ereignis im Oktober 1984, als ein Funktionär von Petrobras einen anderen umbrachte, wobei er meinte, es handle sich um einen Indianer. In einer Zeitungsnotiz gab das Unternehmen das Verbrechen nicht zu und argumentierte, daß der Tote ein Räuber gewesen sei.

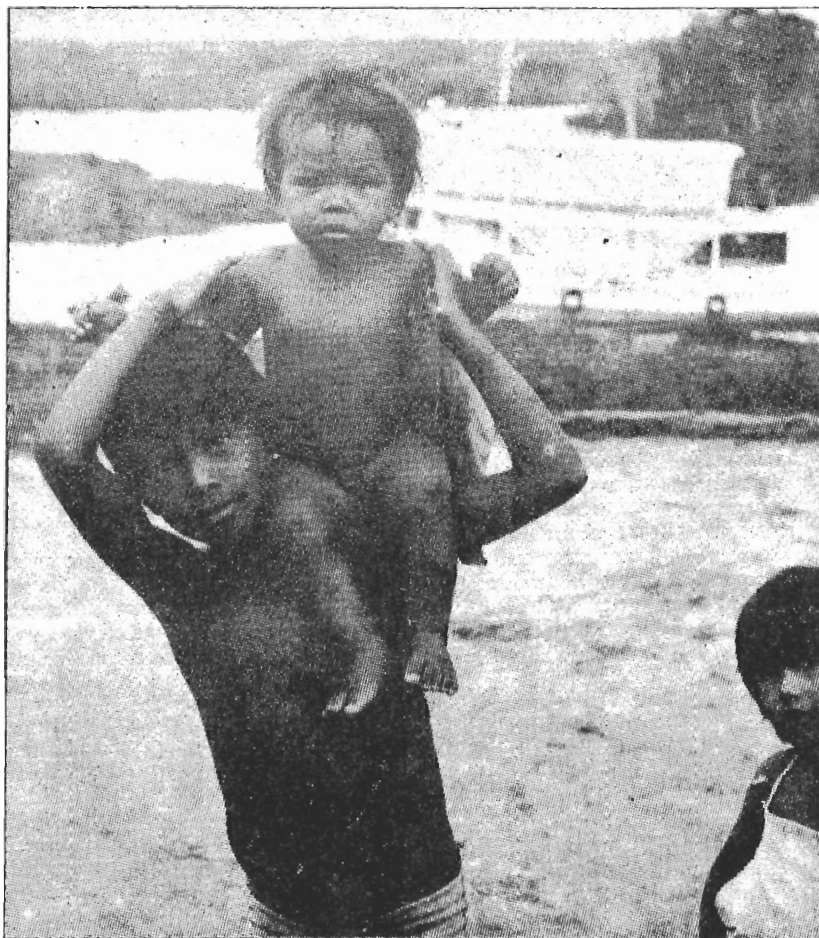
Darüber hinaus hat Petrobras - den Arbeitern zufolge - die Region nicht verlassen, sondern im Gegenteil erneut ungestraft Bohrungen begonnen am Rande des Jandiatuba-Flusses innerhalb des Gebiets, das für den Javari-Park vorgeschlagen ist. Die Arbeiten werden von Eirunepé - südlich von Benjamin Constant - aus unternommen und beginnen dort mit Bodenerforschungen auf dem Land der Kanamari, der Tukano und anderer noch nicht kontaktierter Völker. Man weiß, daß dieses Eindringen mit stillschweigender Duldung der FUNAI geschieht.

MILITÄRPOLIZEI ERÖFFNET FEUER AUF DIE TIKUNA

Der latente Konflikt brach kürzlich erneut aus. In der Karnevalszeit, am 17. Februar, fuhren einige Tikuna-Indianer, Anwohner des Oberen Amazonaslaufes, auf dem Fluß nach Benjamin Constant. Dort angekommen gingen einige in die Stadt, die anderen nahmen eine Erfrischung zu sich. Die Militärpolizei kam hinzu und bat die letztere Gruppe zur Bar zu gehen. Die Indianer lehnten das ab und ein Polizist gab Verhaftungsbefehl aus, woraufhin ein Streit ausbrach. Die Polizisten gaben Freischüsse ab. Indios reagierten darauf. In diesem Konflikt wurden vier Tikuna und auch einige Polizisten verletzt. Die Situation beruhigte sich wieder und die Indianer gingen zum Schiff. Später begannen Soldaten und Bewohner, allesamt bewaffnet und vom Obersten der Militärpolizei aufgestachelt, Steine auf die Tikuna zu werfen und sie zu beleidigen. Diese waren am Hafen unterwegs um die Verwundeten zum

Krankenhaus zu begleiten. Als die Bevölkerung und die Polizei ihre Munition auf die Indianer abfeuerten flohen die unbewaffneten Tikuna. Juvenal Tikuna wurde von den Polizisten getroffen und schwer verletzt, er liegt inzwischen im Militärkrankenhaus in Manaus, weitere sechs Tikuna einschließlich einem 14 jährigen Kind wurden verletzt.

Der Haß der Bevölkerung auf die Indianer macht es fast unmöglich, daß sie weiterhin in die Stadt kommen, obwohl drei Indianerdörfer in unmittelbarer Nähe gelegen sind und in der Region etwa 18 Tausend Tikuna leben.



Nach dem Polizei-Überfall wenden sich alle gegen die Tikuna

Presseorgane sowie das Militärkommando verbreiteten, daß die Tikunas "betrunken und mit landwirtschaftlichen Instrumenten bewaffnet" gewesen seien. Somit seien die Indianer für ihr Mißgeschick selbst verantwortlich, was dem gängigen Schema der Kriminalisierung der Indianer entspricht. Dem widerspricht u.a. der Bericht eines Anthropologen des Nationalen Museums, Joao Pacheco, der der Ansicht ist, daß sich das konfliktgeladene Klima in Benjamin Constant nur dann normalisieren würde, wenn die sechs Polizisten und der Polizeioberst von Benjamin Constant ausgetauscht würden.

An demselben Tag, einem Sonntag, hatten sich morgens 50 Führer aus 40 Tikunadörfern mit dem FUNAI Präsidenten, Nelson Marabuto, getroffen, um über die Vermessung der Ländereien am oberen Amazonaslauf zu sprechen, eine schon seit 1982 erhobene Forderung. Die 18 000 Indianer, die am Ufer des oberen Amazonaslaufes von Fischfang und Landwirtschaft leben, fordern die Vermessung von 1 300 000 Hektar Land.

TÖDLICHES GAS FÜR DIE INDIANER

Petrobras sucht nicht nur im Javarital nach Öl und Gas. Die staatliche Ölgesellschaft ist auch im Südosten des Bundesstaates Acre tätig, wo die Kaxinawa-Indianer Widerstand leisteten und in Mavaço im Bundesstaat Pará an der Grenze zu Amapá, wo die Anambé, Trocara und Amanaya unter der Tätigkeit von Petrobras leiden.

Die Erkundungen und das Einführen von Sonden sind erst der erste Schritt einer pharaonischen Operation: dem Bau der Jurua-Gas-Leitung. Die Vorstudien zu diesem Projekt sind noch nicht einmal ganz abgeschlossen, der Bau soll 1986/7 beginnen. Sie wird von Acre in Richtung São Paulo laufen. Der Kostenfaktor beträgt 4-5 Mio Dollar.

Und wie läuft der Kontakt mit den Indios ab? Petrobras dringt in Indianerland ein. Die eingeschleppten Krankheiten der Weißen bedeuten den Tod für fast alle Indianer. Der Vertrag zwischen der Indianerschutzbehörde FUNAI und Petrobras vom 11. März 1982, der dies zulässt, ist illegal.

Das Vorgehen der Petrobras hat bereits Verwüstungen angerichtet. 12 Dörfer sind verbrannt, die Felder verlassen, kilometerlange Schneisen sind durch den

Wald geschnitten, unzählige Landeplätze für Hubschrauber wurden freigehauen. Bohrtürme wurden gebaut und Explosionen von Nitroglyzerinbomben gezündet. Für jene Bevölkerungsgruppen, die im Schatten dieser aggressiven Geschäftigkeit der staatlichen Ölfirma stehen, die Indianer, bleibt nur noch folgende Alternative:

- 0 sich in die entferntesten Gebiete zurückziehen und den Tod abzuwarten oder aber
- 0 den Feind im direkten Kampf anzugreifen.-



Das Prelatenamt am Oberen Amazonaslauf und der Brasilianische Indianermissionsrat (CIMI) teilten bereits im Dezember ihre Besorgnis über die Tätigkeit der Petrobras mit. Beide kirchlichen Stellen forderten:

- Sofortigen Abbruch aller Arbeiten in der Region,
- baldest mögliche Abänderung des Vertrages, der 1982 zwischen FUNAI und Petrobras unterschrieben wurde
 - er respektiert die Grundbedürfnisse der Indianer nicht
 - er beachtet die von der brasilianischen Regierung im Indianerstatut niedergelegten gesetzmäßigen Regelungen nicht
- Schaffung eines Schutzgürtels um die Gebiete der noch nicht kontaktierten Indianer, Aufstellung von Wachposten
- sofortiges Verbot, das Indianerland im Javarital zu betreten
- Zahlung der Entschädigungsgelder von Petrobras

AUFRUF

Helft zu verhindern, daß die letzten Völker von Amerindia, die ohne Kontakt mit der "weissen Zivilisation" leben, massakriert werden. Schickt Protesttelegramme an:

Presidente da Petrobrás

Thelmo Dutra Resende

Av. República do Chile, 65 - Centro
20031 - Rio de Janeiro - RJ / Brasilien

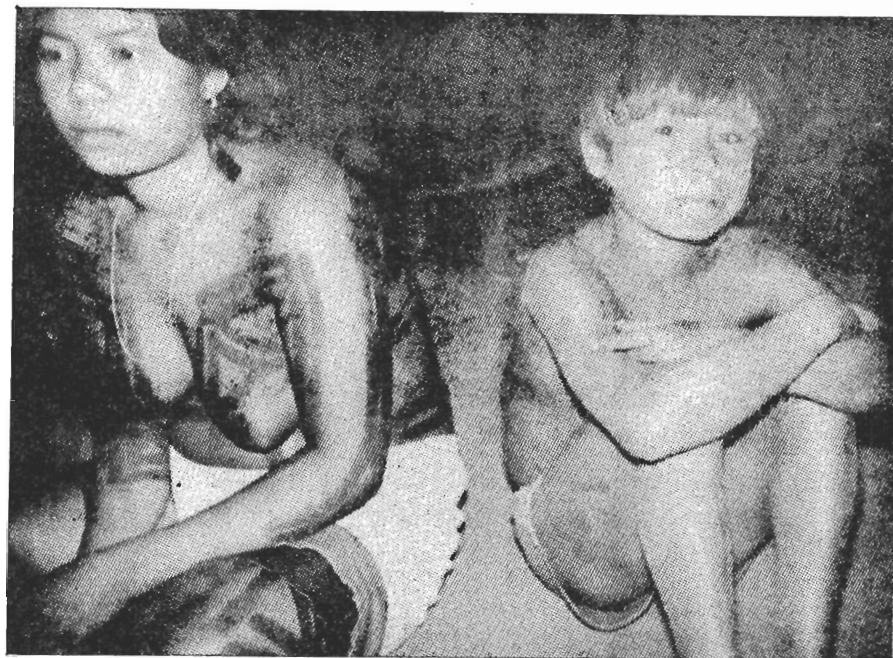
Ministro das Minas e Energia:
Esplanada dos Ministerios - Bloco I
70056 - Brasilia DF/Brasilien

Ministro do Interior
Esplanada dos Ministerios
Ed. Sede Minter
70056 Brasilia DF/Brasilien

Presidente da FUNAI
SIA Trecho 4 Lote 750
700 000 Brasilia DF/Brasilien

Quellen:

Porantim 68,69,71/72,73, Jornal do Brasil 22.2.85



PUERTO RICO

Schleichende Giftkatastrophe

Die Umweltschutzorganisation "Misión Industrial de Puerto Rico" berichtet über Giftgasunfälle auf ihrer Insel. Wir fassen ihre Informationen zusammen:

Seit ca. 18 Monaten häufen sich in Mayaguez, einer Industriestadt an der Westküste Puerto Ricos, Austritte giftiger Gase. Die Lecks wurden in der Industriezone, in der Firmen wie Bristol Meyers, Transworld Company und Westinghouse angesiedelt sind, bisher nicht lokalisiert. Obwohl es in den vergangenen Monaten neben ständigen kleineren Emissionen zu 33 größeren Gasaustritten gekommen ist, wobei zeitweise der ganze Industriekomplex stillgelegt wurde, zeigen sich die Behörden unfähig oder unwillig, die Quellen der Ver-
seuchung zu finden.

Im Industriegebiet von Mayaguez arbeiten vor allem Frauen; viele von ihnen und Anwohner leiden unter Nervenstörungen bis hin zur Betäubung von Gliedern. Bei Gasaustritten mußten wegen Übelkeit, Erbrechen, Atemnot und Schwindelgefühlen bis hin zur Bewußtlosigkeit 700 Arbeiter und Arbeiterinnen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Da Behörden und Unternehmen sich weigern, detaillierte Informationen zu veröffentlichen, ist bisher nicht bekannt geworden, welche Gase ausgetreten sind, ja nicht einmal, welche in Mayaguez verarbeitet werden. Anscheinend treten die Gase nicht bei der Verarbeitung aus, sondern werden aus dem Abwassersystem frei. Obwohl dieses System nicht für giftige Substanzen konzipiert wurde, werden solche offensichtlich eingeleitet. Giftige Gase treten dann entweder direkt aus dem Abwassersystem oder nach der Behandlung der Abwässer in der Kläranlage aus, die ebenfalls nicht für die "Entsorgung" von Giften angelegt ist.

Nach langen Monaten der Ignorierung der Probleme trat die Regierung erstmals Ende Januar in Gestalt der Umweltschutzbehörde in Aktion und unterhielt sich mit Industrievertretern ...

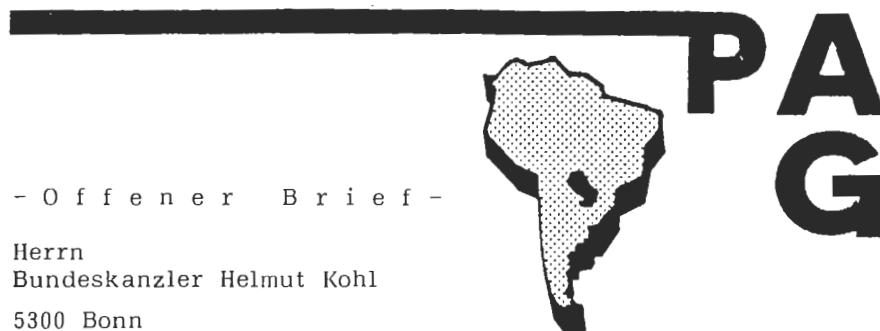
"Misión Industrial de Puerto Rico" wäre für Unterstützung oder Informationen dankbar:

Misión Industrial de Puerto Rico
Apartado 376
Hato Rey
Puerto Rico 00919

PARAGUAY – BRD

Stroessner-Besuch im Juli

Anlässlich des angekündigten Besuches des paraguayischen Diktators Stroessner planen wir für das Mai-Heft der LATEIN-AMERIKA NACHRICHTEN einen ausführlichen Artikel über Paraguay. In diesem Heft drucken wir einen offenen Brief und den Aufruf zu einer Unterschriftensammlung der Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V. ab.



- O f f e n e r B r i e f -

Herrn
Bundeskanzler Helmut Kohl
5300 Bonn

Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
— gemeinnütziger Verein —

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir, die Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V., wenden uns an Sie, um gegen Ihre Einladung des Präsidenten Stroessner zu protestieren.

Am 29. August 1983 haben wir vom Auswärtigen Amt die Mitteilung bekommen, daß ein Staatsbesuch des paraguayischen Staatspräsidenten, General Stroessner, nicht vorgesehen sei. Mit Befremden entnehmen wir in den vergangenen Tagen der Presse, daß dieser nun persönlich von Ihnen eingeladen worden sei.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, sollte doch bekannt sein, daß Sie in der Person des General Stroessner einen Mann eingeladen haben, der seit 30 Jahren das paraguayische Volk unterdrückt. Auch Sie wissen, daß Stroessner und seine Generale die Diktatur in ihrer häßlichsten Form verkörpern, daß diese paraguayische Regierung mit Hilfe von Mord, Folter, Ausnahmezustand, willkürlichen Verhaftungen regiert, daß sie alten Nazis und internationalen Wirtschaftsverbrechern Asyl gewährt.

Nicht nur wir, die Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V., sind über die Person des Diktators Stroessner und seine Schreckensherrschaft informiert, sondern fast alle Menschenrechtskommissionen der internationalen Organisationen sowie die Menschenrechtsorganisationen der Bundesrepublik haben die Menschenrechtsverletzungen, die Unterdrückung demokratischer Werte und der bürgerlichen Freiheiten angeprangert und verurteilt.

Und nun sind Sie es, Herr Bundeskanzler, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union und Chef der deutschen Regierung, der diesen Präsidenten einlädt, einen Mann, unter dessen Diktatur noch immer gemordet und gefoltert wird, unter der Menschen verschwinden und Kleinbauern und Indianer von ihrem Land vertrieben werden, unter dessen Regierung eine Million Paraguayer aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen im Exil leben.

Diese Einladung ist beschämend für uns alle, besonders aber für Sie, Herr Bundeskanzler und für Ihre Kollegen Späth und Strauß. Wäre es nicht illusorisch, wir würden Sie auffordern, diese Einladung abzusagen; so bleibt uns nur, scharf gegen diesen Besuch zu protestieren. Wir werden uns bemühen, die Öffentlichkeit und die Medien mit Informationen über Paraguay und seine Regierung und über unsere Haltung zu Ihrer Einladung zu informieren.

In diesem Interesse gestatten wir uns auch, dieses Schreiben als "offenen Brief" an Sie zu richten. Für eine Stellungnahme Ihrerseits wären wir Ihnen sehr verbunden.

Helmut Hackfort
Vorsitzender der Paraguay
Arbeitsgemeinschaft e.V.

Unterschriftensammlung gegen Einladung und Besuch General Stroessners

"GÜTIGE GESTEN VERHÜLLEN DIE TERROR-HERRSCHAFT
Numi kam an einem drückend heißen Sommertag an die Reihe. Zwei Gefangene voran, marschierte eine Kompanie Soldaten in das hübsche Bauerndorf im Herzen Paraguays auf die Schule zu. Kaum hatten Schüler und Lehrerin wie befohlen einen Halbkreis gebildet, peitschten Schüsse über den Schulhof. Im grellen Sonnenlicht sanken die Gefesselten nieder. Zu den Kindern sagte der Hauptmann: 'Merkt euch, so sterben alle, die gegen General Stroessner kämpfen.'" (zit. aus KÖLNER STADT-ANZEIGER Nr. 33/4 v. 9.2.83)

An die Bundesregierung:

Mit meiner (umseitigen) Unterschrift möchte ich gegen den von der Bundesregierung geplanten Empfang des paraguayischen Staatschef Alfredo Stroessner protestieren.

Seit 30 Jahren regiert General Stroessner sein Land mit brutalsten Foltermethoden, zeichnet sein Regime für die gewaltsame Vertreibung hunderttausender Kleinbauern verantwortlich, um das Land für große Agrarunternehmen frei zu machen, in denen auch deutsches Kapital steckt. Willkürliche Verhaftungen, Ausnahmezustand, Folter und Mord sind die Regierungsmittel des "Händlergenerals", so in Paraguay genannt wegen seiner zahlreichen Schmuggelgeschäfte, die ihn auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit zum reichsten Mann des Landes machten. Aber auch angesichts der jüngsten deutschen Vergangenheit bleibt es mir unverständlich, wie jemand empfangen werden kann, der einerseits zahllosen flüchtigen Nazis Asyl gewährte und andererseits seine ethnischen Minderheiten, die Indianer in großem Stil ausrotten ließ, bzw. ihnen bis heute ihre elementarsten Rechte vor-enthält.

Bitte ausschneiden und ausgefüllte Liste einsenden an:
Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
Margaretenstr. 11, 4050 Mönchengladbach 1

Ausführliches Informationsmaterial kann bei der Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V. bezogen werden.

Name	Adresse	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		
18		
19		

HONDURAS

Folter im Strafvollzug

Das Komitee der Politischen Gefangenen im Zentralgefängnis von Tegucigalpa (Honduras) hat sich im Februar an die Menschenrechtskommission des Landes gewandt mit der Bitte, einen Brief an die Öffentlichkeit zu bringen, in dem sie über ihre Haftbedingungen berichten.

Wir veröffentlichen diesen Brief mit der Bitte, Briefe jeder Art an den Präsidenten von Honduras zu schicken. Dies ist eine alte Methode des Protestierens, sie erscheint vielen abgedroschen und wenig sinnvoll. Es hat sich aber gezeigt, daß es Umstände gibt, unter denen sie greift. So befindet sich Honduras in einer schwierigen politischen Situation und kann es sich im Moment nicht leisten, international wegen Verletzung der Menschenrechte weiter in Mißkredit zu geraten. Und die Gefangenen, die den folgenden Bericht verfaßt haben, hoffen, daß wir wirklich etwas für sie tun. Sie schreiben:

An das Volk von Honduras!

Als Mitglieder des Komitees der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis wenden wir uns an das Volk von Honduras und die Völker der Welt. Wir tun es anläßlich der letzten Ereignisse im Gefängnis und angesichts der politischen Bedingungen, denen unser Volk momentan in seinem Kampf um die Freiheit unterworfen ist. Wir möchten Euch folgendes sagen: (Es folgen allgemeine Erklärungen über die unerträglichen Bedingungen der Haft, um dann zum konkreten Anlaß des Briefes zu kommen)

"3. Diese systematischen Provokationen und Verfolgungen erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt, als etwa 40 schwerbewaffnete Polizisten in der Nacht des 13. Februar in unsere Zelle eindrangen und uns herausholten, um uns auf die Zellen der 'normalen' Häftlinge zu verteilen. Das Unternehmen wurde von Sergeant Francisco Velasquez, dem Leiter des Gefängnisses persönlich befehligt. Auf diese Art und Weise sollten wir das Recht auf etwas mehr Freiheit verlieren, das uns als politischen Gefangenen zusteht. Wir leisteten passiven Widerstand und wurden dafür in die Arrestzellen des Gefängnisses gebracht, wo man uns schlug, folterte und isoliert hielt und wo wir unbekleidet ständig mit Schmutzwasser übergossen wurden.

4. Man behielt uns vier Tage lang in diesen speziellen Arrest- und Folterzellen und wir begannen sofort nach der

lieferung einen unbefristeten Hungerstreik. Wir haben ihn die ganze Zeit, die wir in der Arrestzelle verbrachten durchgehalten. Dank unseres Durchhaltevermögens und der solidarischen Hilfe verschiedener Organisationen, besonders der Menschenrechtskommission, mußten unsere Kerkermeister schließlich die Folter beenden und uns in unsere alte Zelle zurücklassen.

5. Dem Direktor des Gefängnisses ist nichts anderes übriggeblieben, als von einem Fluchtplan unsererseits zu reden, denn mit dieser abgedroschenen Geschichte soll die Öffentlichkeit auf alle möglichen Repressionsmaßnahmen vorbereitet werden, die man in den Gefängnissen durchführen will. Unter dem Vorwand des Fluchtversuchs kann jeder von uns umgebracht werden und deshalb machen wir vor aller Öffentlichkeit den Direktor Coronel Alberto Montoy und den Sergeant F. Velasquez für alles verantwortlich, was uns in Zukunft hier passiert."

Es folgen allgemeine Aussagen über die Notwendigkeit des geeinten Kampfes gegen die Repression.

Beispiel für ein Protestschreiben:

Su Excelencia
Roberto Suazo Cordova
Presidente de la Republica
Casa de Gobierno

Tegucigalpa
HONDURAS

Estimado Señor Presidente,
Tenemos conocimiento que los presos politicos de la Penitencieria Central el mes de febrero pasado fueron brutalmente torturados. En Alemania estamos sumamente preocupados por las constantes violaciones de los Derechos Humanos en Honduras. En esta ocasion protestamos no solo por este hecho reciente sino tambien porque su gobierno los mantiene sin juicio habiendo sido ellos antoriamente desaparecidos y brutalmente torturados.

Con confianza, de que algun día cesen estos hechos que ofenden la dignidad de los pueblos.
Nos despedimos de Ustedes

Der gleiche Brief sollte auch gerichtet werden an:

Walter Lopez Reyes
Chefe de las Fuerzas Armadas
Casa de Gobierno ...

GUATEMALA

Entwicklungsprogramme im Rahmen der counterinsurgency Politik

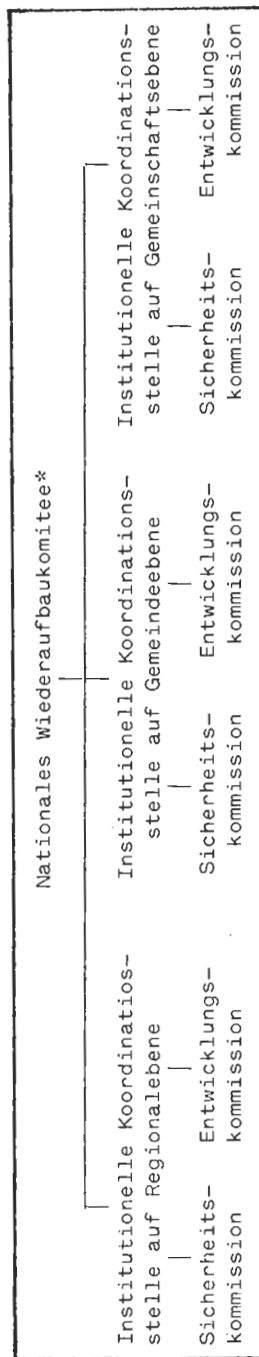
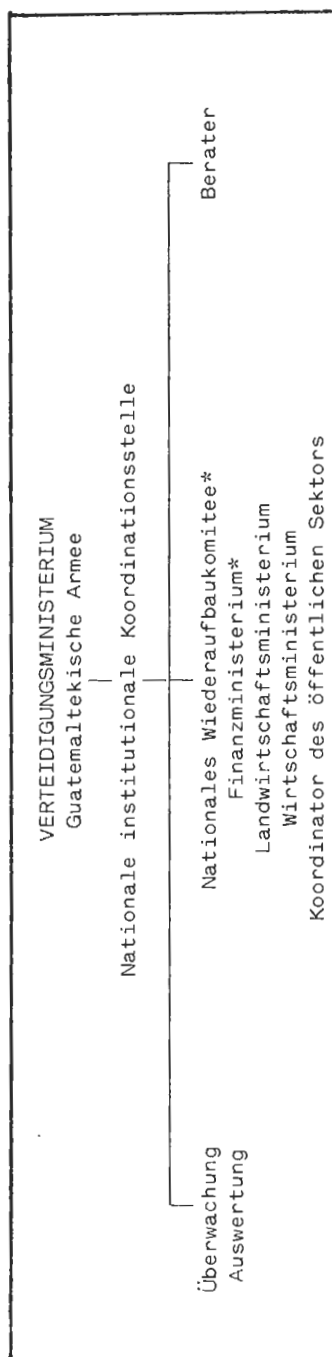
Die Regierung Guatemalas, seit dem Sturz der demokratischen Regierung Arbenz im Jahre 1954 in der Hand der Militärs, hatte mit dem Volk Guatemalas noch nie etwas gemeinsam. Die eigentlichen Ziele der Regierung bestanden schon immer darin, die Privilegien der Kaste der Militärs, d.h. einer aus Einzelgruppen bestehenden herrschenden Klasse ohne jegliches politisches Konzept und die Interessen der USA in Guatemala, zu wahren. Die Militärs haben sich völlig isoliert und, um sich an der Macht zu halten, haben sie keine andere Möglichkeit, als zur Counterinsurgency-Politik zu greifen.

Die Militärs, die 35 000 Guatemalteken verschwinden und 100 000 Personen ermorden ließen (1), geben vor, Entwicklungsprogramme nach von ihnen selbst entworfenen Plänen durchzuführen, die nie ein anderes Ziel hatten, als, ohne wesentliche Reformen durchführen zu müssen, die Kontrolle über die Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

ZIVILE EINSÄTZE

Normalerweise sind die Entwicklungsprogramme ausschließlich denjenigen Regionen vorbehalten, in denen die Guerilla tätig ist. Jahrelang bestand am Westen Guatemalas, einem Gebiet mit indianischer Bevölkerung, nicht das geringste Interesse. In den sechziger Jahren mußten sich die Militärs auf den Osten des Landes, damals das Gebiet, in dem die Guerilla am aktivsten war, konzentrieren. Aus diesem Grunde befürwortete im Jahre 1962 US-Präsident Kennedy mit Unterstützung des guatemaltekenischen Staatspräsidenten Ydígoras ein Befriedungsprogramm für die politisch aktivsten Provinzen Zacapa und Izabal mit "zivilen Einsätzen" (2) unter immer größerer Beteiligung von Militärberatern (3).

Der zivile Einsatz wurde damals zum Modell für die Entwicklungsprogramme in Guatemala. Die Armee arbeitete mit den zivilen Stellen eng zusammen, waren diesen jedoch übergeordnet. Als im Jahre 1970 Robert Culbertson, vietnamerfahren, als Chef der Internationalen Entwicklungsagentur (AID) in Guatemala eingesetzt wurde, nahm der mit dem



* Institutionen, deren Leitung unter direkter oder indirekter militärischer Verantwortung stehen.

Quelle: Comité Pro-Justicia y Paz, "Situación de los Derechos Humanos en Guatemala"

"zivilen Einsatz" eingeschlagene politische Kurs einen anderen Verlauf. Culbertson wollte die "soziale Entwicklung", insbesondere auf dem Lande, verbinden mit "Hilfsprogrammen" im privaten Sektor (4).

Die Entwicklungsprogramme wurden in den sechziger Jahren im Osten des Landes zusammen mit dem Befriedungsprogramm durchgeführt. Mit dieser bislang beispiellosen "Befriedung" wurde der Osten Guatemalas zum Kampfgebiet, in dem ungefähr 30 000 Menschen, in der Mehrzahl Bauern, getötet wurden (5).

"ENTWICKLUNGZONEN"

Heute werden die "Befriedungsprogramme" im Westen des Landes, dem Gebiet, in dem die Guerilla seit den siebziger Jahren sehr aktiv ist, eingesetzt. Der zivile Einsatz konzentriert sich auf "Entwicklungszonen". Wie die mexikanische Zeitung "Uno más Uno" in ihrer Ausgabe vom 14. Dezember 1981 schreibt, greift die Regierung Guatemalas angesichts der Unmöglichkeit, die Guerilla auszurotten, zu immer subtileren Methoden der Counterinsurgency, d.h. es werden strategische Dörfer errichtet nach dem Vorbild der Dörfer, die die USA in Vietnam eingesetzt haben.

Die Grundlage für die neuen Counterinsurgency-Operationen bildet das sogenannte "Unterstützungsprogramm für Konfliktgebiete" (Programa de Asistencia a las Areas en Conflicto - PAAC), Teil des "Nationalen Sicherheits- und Entwicklungsplanes", zu dem der Plan "Victoria 82" (im Volksmund bezeichnet mit "Gewehre und Bohnen") gehört, später der Plan "Firmeza 83" und schließlich die "Entwicklungszonen".

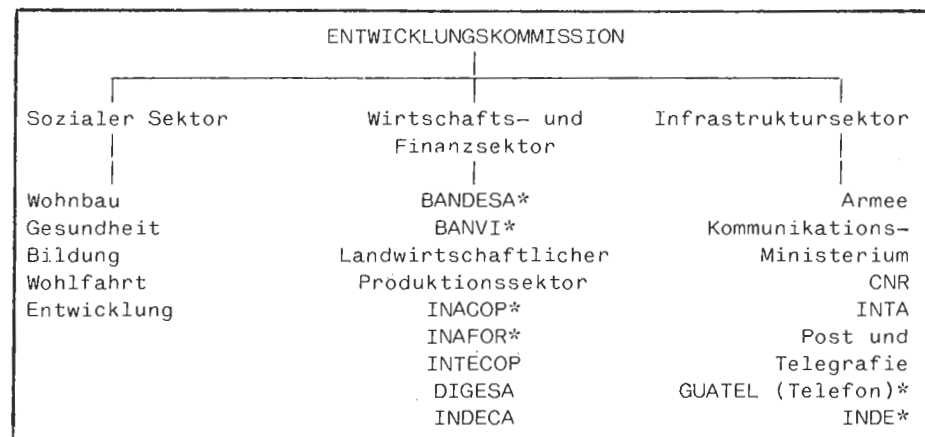
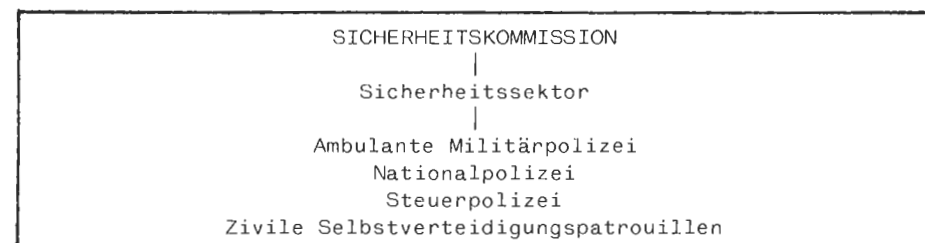
Mit den "Entwicklungszonen" will man die aus ihren Dörfern Vertriebenen innerhalb des Landes und einen Teil der im Ausland, insbesondere in Mexiko, lebenden Flüchtlinge wieder ansiedeln. Parallel zu diesen Maßnahmen erließ dann die Militärregierung das Gesetzesdekret Nr. 67-84 zur Einführung von "Bauerngenossenschaften" (Empresas Campesinas Asociativas), die den Militärs dazu dienen, die Kontrolle über die wirtschaftliche Aktivität der Bevölkerung auszudehnen, d.h. Art und Menge des Anbaus und vor allem der Verkauf der Produkte werden festgelegt. Damit verfolgt die Armee zwei Hauptziele: Einerseits versucht man zu verhindern, daß die Bevölkerung mit ihren Produkten die Guerilla versorgt und andererseits macht man die Bevölkerung abhängig (6).

Nach Angaben von Pro Justicia y Paz in Guatemala ist nicht die Unterstützung der Gemeinden auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sondern die militärische

Kontrolle über die Zivilbevölkerung das Ziel der Regierungsprogramme für die ländlichen Gebiete, wie die "Entwicklungszonen", die der Coordinadora Institucional Nacional unter der Leitung von General Rodolfo Lobos Zamora und dem Comité de Reconstrucción Nacional unter der Leitung von General Federico Fuentes Corado unterstehen. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, daß kompetente Institutionen, wie z.B. die Universität von San Carlos und Innungsverbände, die Entwicklungsprogramme ausgearbeitet haben, bei der Konzeption des Einsatzplanes für die Entwicklungszonen nicht zu Rate gezogen wurden.

Der Umstand, daß die Konzeption unter absoluter Geheimhaltung im Zentrum für militärische Studien (Centro de Estudios Militares - CEM) ausgearbeitet und unter strenger Kontrolle der Militärs durchgeführt wurde, macht ihren Einsatz zu Zielen der Counterinsurgency offensichtlich. (siehe Schema)

Die Hochebene von Guatemala, auf der der größte Teil der indianischen Bevölkerung lebte, ständig von ihrem Land vertrieben und ihre ganze Geschichte hindurch unterdrückt, ist heute Zielgebiet für den Einsatz des "Entwicklungsprogramms". Eine der schönsten Regionen des Landes ist heute geprägt von festungsartigen Militäreinrichtungen und strategischen Dörfern, in denen mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Armee mit dem Tode bestraft wird. Doch lassen der permanente Widerstand der indianischen Bevölkerung gegen die Regierungsprogramme, die wachsende Zahl von Flüchtlingen in Mexico und von aus ihren Dörfern Vertriebenen innerhalb Guatemalas das Scheitern der Regierungspolitik und die Konfrontation mit dem gesamten für seine Freiheit kämpfenden Volk absehen.



* Institutionen, deren Leitung unter direkter oder indirekter militärischer Verantwortung steht.

Quelle: Comité Pro-Justicia y Paz, "Situación de los derechos Humanos en Guatemala"

Glossar:

- BANDESA: Banco Nacional de Desarrollo Agrario - Nationale Agrar-entwicklungsbank
- BANVI: Banco Nacional de la Vivienda - Nationale Bank für Wohnungsbau
- INACOP: Instituto Nacional de Cooperativas - Nationales Kooperationsinstitut
- INAFOR: Instituto Nacional de Forestación - Nationales Forstinstitut
- INTECAP: Instituto Técnico de Capacitación y Productividad - Technisches Institut für Weiterbildung und Produktivität
- DIGESA: Dirección General de Servicios Agropecuarios - Generaldirektion für landwirtschaftliche Dienste
- INDECA: Instituto Nacional de Comercialización Agraria - Nationalinstitut für landwirtschaftliche Vermarktung
- CNR: Comité Nacional de Reconstrucción - Nationales Wiederaufbaukomitee

INTA: Instituto Nacional de Transformación Agraria - Nationalinstitut für landwirtschaftliche Umwandlung
 GUATEL: Centro Guatemalteco de Telecomunicaciones - Guatemaltekische Telekommunikationszentrale
 INDE: Instituto Nacional de Electrificación - Nationalinstitut für Elektifizierung

Quellen:

- (1) Zahlenangaben des Komitees Pro Justicia y Paz in Guatemala aus: La Situación de los Derechos Humanos en Guatemala, Guatemala 1983, Seite 156-157.
- (2) Mittels des zivilen Einsatzes wurde die Armee von der Regierung für einige minimale soziale Leistungen eingesetzt, z.B.: eintägige medizinische Kampagne, Verteilung von durch internationale Organisationen gespendeten Lebensmitteln.
- (3) Schlesinger, S. und Kinzer, S.: Fruta Amarga, La CIA en Guatemala, Verlag Siglo XXI, Mexico 1982, Seite 268.
- (4) Jonas, S. und Tobis, D.: Guatemala: Una Historia Inmediata, Verlag Siglo XXI, Mexico 1979, Seite 204.
- (5) Arias, Arturo: Cultura Popular, Culturas Indigenas, Genocidio y Etnocidio en Guatemala en: Tribunal Permanente de los Pueblos, Sesión Guatemala, Verlag Iepala, Madrid, 1983, Seite 160.
- (6) Noticias de Guatemala Nr. 107, August 1984.

Pablo Neruda

Nazim Hikmet

2. INTERNATIONALES SOMMERLAGER

SALVADOR ALLENDE

25. 7. - 4. 8. 1985

Campamento
Internacional
de Verano

Enternasional
Yazlik Kamp

Burg Waldeck
5449 Dorweiler

Ziel des Camps soll es sein, Gemeinsamkeiten auf politischer, menschlicher und kultureller Ebene zu entdecken und einen aktiven Beitrag zur Völkerverständigung und gegen Ausländerfeindlichkeit zu leisten.
 Außerdem soll das Sommerlager ein Ausdruck sein für die Internationale Solidarität mit dem Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Kontaktadresse: D. Papp
 Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck
 5449 Dorweiler

GRENADA

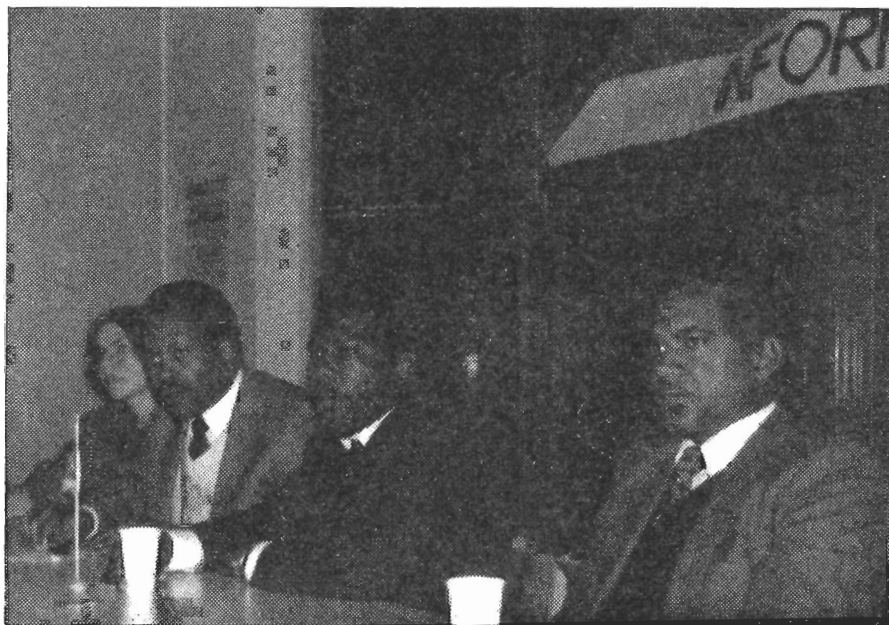
"Isle of Spice and Paradise"

Mitte Februar fand im Karibik-Informationszentrum in Hamburg ein Treffen statt, in dem drei Vertreter der neu gegründeten Partei 'Maurice Bishop Patriotic Movement' (MBPM) über die aktuelle Situation in Grenada berichteten. Das Treffen fand im Rahmen einer Informationsreise durch einige westeuropäische und skandinavische Länder statt, auf der die drei MBPM Vertreter - George Louison, ehemaliger Landwirtschaftsminister, Mario Bullen, ehemaliger Botschafter bei der EG in Brüssel und Joe Charter, ehemaliger Botschafter in Libyen - ihre Kontakte zu den jeweiligen sozialdemokratischen und grünen Parteien sowie zu verschiedenen Solidaritätsgruppen und interessierten Medienleuten wieder aufnehmen wollten.

Im folgenden drucken wir stark gekürzte Passagen aus den Ausführungen, die bei dem Hamburger Treffen in erster Linie von George Louison gemacht wurden.

GEORGE LOUISON ERZÄHLT

Die politische, soziale und ökonomische Situation in Grenada hat sich seit der Invasion im großen und ganzen eher verschlechtert. Die Wahlen vom 3. Dezember haben eine Regierung an die Macht gebracht, die bisher kein Interesse gezeigt hat, die grundsätzlichen Probleme des Landes zu lösen. Die Wahlen brachten vielmehr ein Marionettenregime der Amerikaner an die Macht, denn es war die US Besatzungsmacht, die diese besondere Koalition, aus der die New National Party (NNP) besteht, zusammengezwungen und in die Regierung gehievt hat. (Näheres zu den Wahlen s. LN 133)



Joe Charter, George Louison, Mario Bullen (v.l.n.r.)

Kurz nach der Invasion starteten die Amerikaner eine Verleumdungskampagne gegen Bishop und die Revolution; aber diese Kampagne wurde sehr schnell unpopulär und sie gingen deshalb zu einer neuen Strategie des totalen Schweigens über Maurice Bishop und die Revolution über.

Als die US Besatzungsmacht im September letzten Jahres erkannte, daß keine der existierenden, ihnen genehmen Parteien eine Chance hatte, die Wahlen zu gewinnen, riefen sie die drei Splitterparteien zusammen und zwangen sie zu einer Koalition, zu einer 'shot-gun-marriage', wie wir das nennen, einer Heirat mit vorgehaltenem Revolver. Dabei sperrte die US Besatzungsmacht gemeinsam mit vier karibischen Premierministern die drei Parteien zusammen in einen Raum, und am Ende des Tages kamen sie heraus als New National Party.

WAHLEN MIT DREI M: MONEY, MISERY, MALPRACTICES

Die neue Partei blieb aber saft- und kraftlos, bis in den letzten sechs Wochen vor den Wahlen die Amerikaner daran gingen, riesige Geldsummen nach

Grenada hineinzupumpen, um dieser Partei zu Saft und Kraft und zum Sieg zu verhelfen. Man sagte zu der Zeit in Grenada, der amerikanische Plan, die NNP an die Macht zu bringen, besteht aus drei Ms, 'Money, Misery and Malpractices', Geld, Not und üblen Tricks.

Die Amerikaner ließen absichtlich alles im Land verkommen, sie reparierten kein einziges Gebäude, keine einzige Einrichtung, die im Krieg zerstört worden war, sie reparierten keine Straße, die Arbeitslosigkeit wuchs von 12 auf 40 %, die Bildungs- und Gesundheitsprogramme wurden geschlossen; es gab zur Zeit der Revolution z.B. sieben Zahnkliniken im Land, zur Zeit der Wahlen gab es keine mehr. So kann man sagen, daß "die Restauration der Demokratie" 'a freedom' of the people to crunch and to suffer again', den Menschen die Freiheit zu knapsen und zu darben wiederbrachte. Das alles gehörte zu den Wahltricks. Die Notlage wurde benutzt, um die Menschen zu erpressen, sie zappeln zu lassen, und sie dazu zu bringen, auf eine bestimmte Art und Weise zu wählen. Sie sagten ihnen, schaut mal her, wir haben 57 Millionen Dollar zu vergeben in den nächsten zwei Jahren, aber ihr werdet diese 57 Millionen nur bekommen, wenn ihr für unsere Partei stimmt. Diese Art Erpressung und die Notlage der Menschen waren Schlüsselfaktoren bei den Wahlen. Aber es gibt noch einen dritten Faktor, der vielleicht mehr als jeder andere zum Wahlsieg der NNP beigetragen hat, nämlich die üblen Tricks.

Zunächst einmal fand die Wählerregistrierung zu einer Zeit statt, als sich das Land noch im tiefen Schock befand. Viele Leute wollten nach der großen Tragödie vom 19. Oktober nichts mehr mit Politik zu tun haben und ließen sich deshalb nicht registrieren. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1976 unter Gairy waren 63 000 Wähler registriert. 1984 betrug die Anzahl der registrierten Wähler nur 48 000. Also eine beträchtliche Nichtregistrierung.

Als wir Ende Mai Anfang Juni unsere Partei gründeten gab es viele Leute, die sich nicht hatten registrieren lassen, weil es keine Partei gab, die ihre Interessen vertrat. Viele gingen dann im Juli zur Registrierung, aber dann wurden die Wählerlisten geschlossen. Unvorstellbar! Für eine Wahl im Dezember wird die Registrierungsmöglichkeit Ende Juli geschlossen.

Die 5,1 %, die unsere Partei gemäß der Auszählung erhielt, repräsentieren nicht unsere wirkliche Stärke.

Wir glauben, daß die 20 bis 25 % nicht registrierte Wähler fast ausschließlich unsere potentiellen Wähler sind.

VIELE WÄHLTEN ANTI-GAIRY

Ein weiterer komplizierender Faktor bei den Wahlen war, daß viele Leute befürchteten, der alte Diktator Gairy könnte wieder an die Macht kommen, wenn die Wählerstimmen zu sehr aufgesplittert würden. Deshalb wählten viele Leute in erster Linie anti-Gairy. Viele sagten uns, "seht mal, Eure Partei ist noch zu schwach, sie ist nicht ausreichend organisiert, wir kennen nur zwei oder drei von Euch wirklich gut, die andern sind ziemlich neu" ... und angesichts der Ereignisse vom Oktober '83, der Verwirrung, der Zweifel, entschieden sie sich für eine Wahl, die sicherstellen sollte, daß Gairy nicht zurück



ERIC MATTHEW GAIRY

George Louison: Looking at Gairy, he is the craziest I have ever seen him.

Ich möchte was erzählen, was passiert ist und zeigt, was Gairy für ein Kauz ist: Gairy erklärte in der Zeitung kurz nach der Wahl, daß er keinerlei Groll gegen die MBPM hätte, und zwar aus drei Gründen. Erstens seien wir alle Homo sapiens, zweitens, seien wir alle Grenadier und unsere Loyalität gegenüber Grenada käme vor der Loyalität gegenüber einer der Supermächte. Und drittens, sagte er, selbst wenn seine Ideologie und die der MBPM auch total verschieden seien, wir uns doch im Zeitalter der friedlichen Koexistenz befänden.

an die Macht kommt. "Aber es ist nicht so, daß wir Euch nicht unterstützen würden," sagten sie uns.

DIE MAGIE DES MARKTES

Wir glauben, daß das, was seit den Wahlen in Grenada geschehen ist, unsere Position stärken wird, denn die neue Regierung war bisher nicht in der Lage, ein ernstzunehmendes Entwicklungsprogramm hervorzubringen. Sie sagten, daß das Entwicklungsmodell, das ihnen vorschwebt, ein Modell sei, das die 'Magie des Marktes' zum Motor der grenadischen Wirtschaft machen werde. In anderen Worten, das was in Chile mit Milton Friedmann passiert ist, wird auch in Grenada zum Entwicklungsmodell werden. Das Land wird geöffnet, was bedeutet, daß, was immer an nationalen ökonomischen Programmen in Grenada existiert hat, zerstört werden wird.

Die neue Regierung hat das Planungsministerium, eine der größten Errungenschaften der Revolution, geschlossen. Sie haben auch das Handelsministerium und das Ministerium für industrielle Entwicklung dicht gemacht. All diese Bereiche wurden kleinen Abteilungen im Finanzministerium zugewiesen, und selbst das Finanzministerium ist nicht zuständig für ökonomisches Wachstum, denn diese Aufgabe wurde nun der Handelskammer übertragen, die man als den 'Hexenmeister' der wirtschaftlichen Entwicklung in Grenada sieht. Alles in allem sieht es so aus, daß die Armut im Land zunehmen wird, einige wenige beträchtliche Gewinne machen werden und der größte Teil der Menschen überhaupt keine Entwicklung zu spüren bekommen wird. Diese Situation brachte auch bereits eine Reihe von sozialen Problemen mit sich: z.B. taucht jetzt auch zum ersten Mal Kokain als Droge in Grenada auf. Auch Prostitution, die es in Grenada kaum gegeben hat, entwickelt sich jetzt immer stärker auf Grund der Anwesenheit der Soldaten. Im Tourismusbereich hat sich noch nicht viel zum Besseren verändert, denn das größte Hotel im Land, das Grenada Beach Hotel, dient noch immer als Kaserne für die US Armee. Dazu kommt noch, daß die US Armee ihren Hubschrauberlandeplatz mitten in der Touristenzone hat, d.h. in den meisten Hotels und am Strand ist der Hubschrauberlärm den ganzen Tag über zu hören. Alles in allem eine ziemlich deprimierende Situation und die Menschen in Grenada sind wieder an dem Punkt angelangt, wo sie wieder für ihr tagtägliches Überleben kämpfen müssen. Wir glauben, daß in dieser Situation die Rolle der MBPM immer wichtiger werden wird,

KOOPERATIVEN dienten während der Revolutionszeit vor allem der Ausbildung Jugendlicher. Heute sind fast alle geschlossen.



'easy worker', Name auf grenadisch für eine Bohrmaschine in der Schmiedekooperative 'Broken Fingernail'



Schreinerkooperative in Grenville

denn sie ist die einzige Partei, die sich um die Belange der arbeitenden und armen Menschen kümmert.

NATIONALGARDE WIE IN EL SALVADOR?

George Louison: In letzter Zeit haben die Amerikaner damit begonnen, eine neue militärische Einheit in Grenada aufzubauen. Sie wollen eine 600 Mann starke sogenannte Special Services Unit (SSU) schaffen. Diese Einheit wird auf dieselbe Art und Weise trainiert wie die entsprechenden Armeen in lateinamerikanischen Diktaturen als anti-progressiver repressiver Apparat.

Und sie trainieren solche SSUs nicht nur in Grenada, sondern fast auf jeder karibischen Insel. In St. Lucia sind sie dabei, in St. Vincent soll eine aufgebaut werden, es gibt bereits eine in Dominica und in Antigua. Diese SSUs sollen Teil eines regionalen Sicherheitspakts werden.

Die Militarisierung der Karibik nimmt z.Zt. wirklich unglaubliche Formen an.



UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE NEUE 'REVO'

George Louison auf die Frage, welche konkrete Unterstützung sie sich für die Maurice Bishop Foundation und die MBPM Partei erwarten:



Maurice Bishop

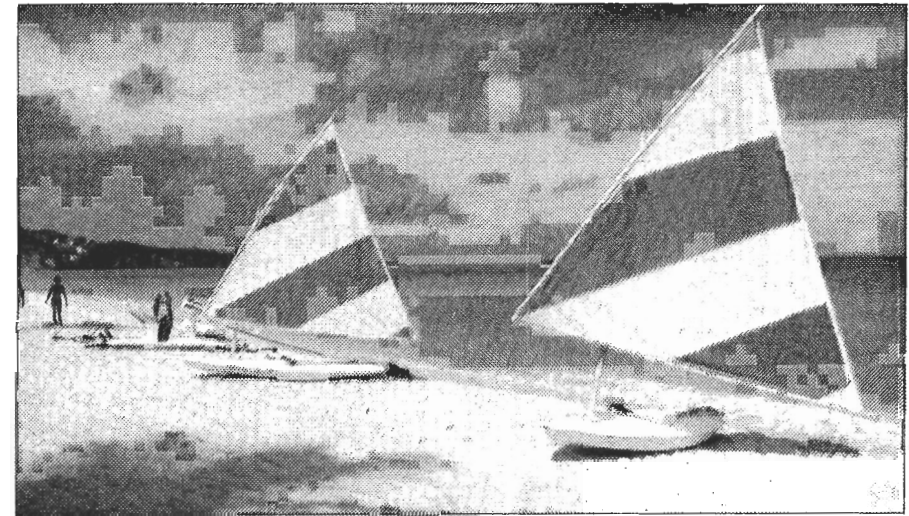
George Lovison: Die Mehrheit der Menschen in Grenada sind immer noch überzeugt davon, daß die 4 1/2 Jahre Revolution die wichtigsten Jahre mit dem größten Fortschritt in der Geschichte Grenadas waren. Sie haben immer noch sehr gute Erinnerungen an die Zeit der Revolution und eine enorme Liebe und großen Respekt für Maurice Bishop.

Deshalb prallt jeder Versuch, Maurice zu diskreditieren, an Ihnen ab, und die Diffamierung läuft jetzt auf eine sehr subtile und unterschwellige Art.



Jacqueline Creft, Ministerin für Bildung in der Revolutionsregierung und Lebensgefährtin von Maurice Bishop und zusammen mit ihm am 19. Oktober 83 hingerichtet.

Wir bitten Sie, uns so weit wie möglich durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Das ist sehr wichtig. Denn es wird durch die Medien der Eindruck verbreitet, als ob Grenada "wieder zurückgeholt wurde in die Arme der Demokratie" und deshalb alles wieder schön und friedlich ist. 'Once more the "Isle of Spice and Paradise".'



Grand Anse Beach, Schauplatz der schweren Schlacht um die US Medizinuniversität während der Invasion.

Ansonsten sind wir für jegliche konkrete Hilfe in Form von Material und Geld für unsere Arbeit dankbar. So sind wir dabei, eine Druckerei aufzubauen, wo wir unsere Zeitung und anderes Informationsmaterial drucken können. Jetzt können wir unsere Zeitung (Indies Times) nur bis zu einer Auflage von ca. 1000 drucken, was viel zu wenig ist. Auch wollen wir für Maurice Bishop und die anderen Märtyrer ein Monument errichten. Dafür gibt es einen Fond. Wir unterstützen auch Kinder von beim Massaker vom 19. Oktober Umgekommenen sowie Leute, die dabei verkrüppelt worden sind. Wir unterstützen weiterhin verschiedene Sportsgruppen, hauptsächlich Fußballmannschaften, die auch den Namen der Stiftung tragen. (Fußball ist in Grenada eine Angelegenheit von zur Linken tendierenden Leuten.)

Grenada-Spendenkonto Nr. 224090-201 (Th. Poese) beim Postscheckamt Hamburg.

MEXIKO

Die Opposition vor den Wahlen

DIE RECHTE FORMIERT SICH ...

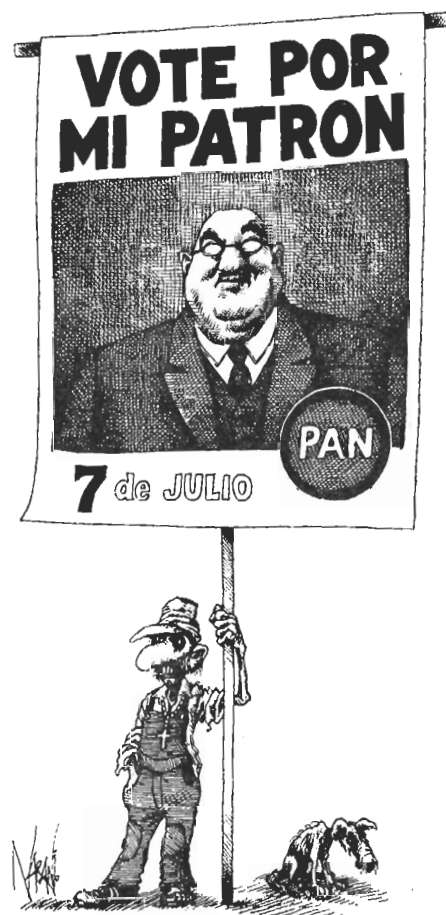
Am 7. Juli dieses Jahres stehen die Neuwahlen von 400 Bundesabgeordneten und 7 Gouverneuren an. Die Opposition rüstet sich für den Wahlkampf, und vor allem die konservative PAN (Partido de Acción Nacional), bisher stärkste oppositionelle Partei, hat sich die Eroberung von mindestens 2 Gouverneurstellen (in Nuevo León und Sonora) zum Ziel gesetzt. Die Chancen stehen nicht schlecht. Die Partei, die von Unternehmerverbänden, Kirche und US-Botschafter Gavin Schützenhilfe erhält, konnte bereits bei vorangegangenen Wahlen zu Stadtverwaltungen in den konservativen Regionen wie Puebla, Guanajuato und Chihuahua Erfolge erzielen. Die PAN wittert die Gunst der Stunde: das allgemeine Erstarken des Neokonservativen Lagers, die Dauerkrise einer Linken, die angesichts einer PRI-Regierung, die unterdem Druck des IWF immer stärker auf einen monetaristischen Kurs einschwenkt, stellen sie sich als die konsequenteren Verfechter dieser Zielrichtung dar.

Zwar gilt es als sicher, daß die PAN Wahlerfolge verzeichnen wird, ungewiß ist hingegen, ob die PRI-Regierung es zulassen wird. Denn in Mexiko ergab sich bisher nicht immer das Wahlergebnis aus dem Proporz der abgegebenen Stimmen. Über die Ämterbesetzung entscheidet letztendlich die herrschende PRI, und es vergeht keine Wahl, nach der nicht oppositionelle Gruppen das Wahlergebnis anzufechten versuchen.

In diesem Zusammenhang ist die zunehmende Militanz mit der die PAN in jüngster Zeit auftritt, bemerkenswert. Die Stimmung der PRI in den Nordstaaten ist nach den Wählerverlusten der letzten Jahre sowieso gereizt. Ende des letzten Jahres setzten PAN-Anhänger das Regierungsgebäude von Monclovia in Brand und bei der anschließenden Auseinandersetzung mit der Polizei gab es einen Toten und 30 Verletzte. Am 17. Februar kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Demonstranten der PAN und der Polizei in Piedras Negras, bei der mindestens 6 Personen verletzt wurden. In beiden Fällen galt der Protest der Einsetzung eines PRI-Bürgermeisters trotz eines vermeindlichen Wahlsieges der PAN.

Während in Monclova PAN und PRI einen Kompromiß erreichten, die beiden Parteien eine Regierungsbeteiligung ermöglichte, ist eine Entscheidung in Piedras Negras noch nicht absehbar. Hier ist der Ablauf der Auseinandersetzung noch unklar: die PRI behauptet, daß die Demonstranten mit der Schiesserei begonnen hätten, PAN beteuert, es sei die Polizei gewesen.

Die PAN kündigt selbstbewußt an, daß auf Dauer ein Machtwechsel in Mexiko unvermeidlich sei. Für die PRI ist die Lage verworren: einerseits braucht sie zur Afrecherhaltung ihrer Legimität die demokratische Öffnung, andererseits basiert die "Stabilität" des Landes auf ihrer 50-jährigen Alleinherrschaft um jeden Preis. Ob sie dieses Privileg aufzugeben bereit ist, ist mehr als fraglich.



"Wählt meinen Chef!"

... UND DIE LINKE ZERFÄLLT

Am 6. Februar versammelte sich das Nationale Plenum der PSUM (Partido Socialista Unificado de México) zu seiner 11. Vollversammlung, um die Kandidaten für die Wahlen im Sommer zu benennen. Der Streit entzündete sich sehr schnell um die Kandidaten des Bundestaates Nayarit zwischen den zwei Hauptblöcken innerhalb der Partei: den Gefolgsleuten der alten KP und denen des ehemaligen PPM unter der Führung von Alejandro Gascón Mercado, "Politisch-demokratisch-radikale Strömung" (CPDR) genannt.

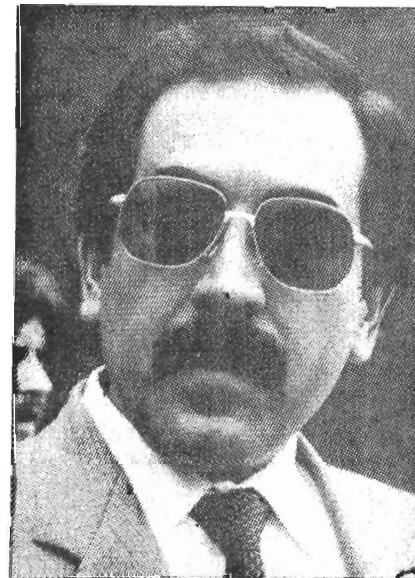
Gascón Mercado warf der alten KP-Riege, die den Generalsekretär Pablo Gómez stellt, Manipulation der Kandidatenliste vor, um ihre eigenen Leute durchzudrücken. So soll die Anzahl der Delegierten aus dem KP-Lager aufgeblasen worden sein, um so eine fiktive Mehrheit zu erreichen. Außerdem wurde die Versammlung eine Stunde früher als geplant eröffnet, als noch nicht alle Delegierten anwesend waren. Nach einer erhitzten Debatte zogen sich 304 der 678 Delegierten zurück, um weitere Schritte zu beraten. Der Bruch war da, ein weiterer Verbleib im PSUM erschien den Delegierten sinnlos.

Die Trennung entzündete sich an Fragen der innerparteilichen Demokratie, der Bruch war jedoch schon lange durch die Existenz zweier Auffassungen über Strategie und Taktik einer marxistisch-leninistischen Partei vorgegeben. Die alten KP-Kader vertreten verstärkt durch die ehemalige MAP einen reformistischen Kurs: "Nach den Wahlen von 1982 und vor allem nach der Verstaatlichung der Banken setzte das Zentralkomitee ein Projekt durch, das davon ausging, daß der aus der Mexikanischen Revolution hervorgegangene bürgerliche Staat ein Transformationspotential innehat. Daraus entwickelte sich eine Vertrauens- und Kompromißhaltung der Regierung gegenüber." kritisierte Gascón Mercado seine ehemaligen Bündnispartner. Seine CPDR vertritt einen dogmatischen Marxismus-Leninismus, die moskautreueste Linie innerhalb der PSUM. Diese äußerlich stalinistische Tendenz unterscheidet sich vom PSUM-Rest durch eine deutliche Absage an den Reformismus und einer deutlicheren nationalen und klassenkämpferischen Position.

Wenn die Dissidenten der alten KP-Clique Machtmißbrauch, mangelnde parteiinterne Demokratie und das Streben nach lukrativen Abgeordnetensitzen vorwerfen, so ist diese Kritik zwar berechtigt, wie selbst PSUM-Mitglieder zu-

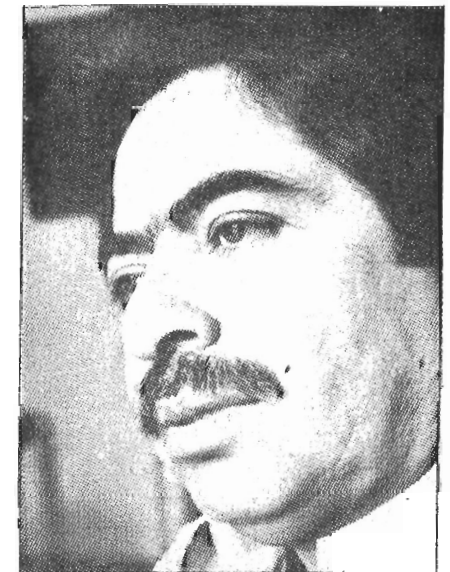
geben, die Kritiker blieben jedoch auf der Oberfläche des Problems, als sie schon 2 Wochen später eine neue Partei aus der Taufe hoben, die "Partido de la Revolución Socialista".

Und so wird abermals wiederholt, was von Anbeginn dem Einigungsbestreben der PSUM im Wege stand: die politische Linie ist nicht herangereift in einer ausführlichen Diskussion der Basis, einer Klassenanalyse der mexikanischen Gesellschaft und einer Definition dessen, was für Mexiko sozialistische Strategie und Taktik bedeuten muß, sondern sie ist erneut die Kopfgeburt einiger Funktione, denen bestenfalls guter Wille zugesprochen werden kann.



Pablo Gómez:

Die PCM besteht nicht mehr



Gascón Mercado:

Besser zwei als fünf

ZUR KRITIK DER PSUM

Auszug aus einem offenen Brief in PROCESO vom 18.2.85: "Das tragische daran ist nicht allein der Austritt der CPDR, sondern daß dadurch das Einheitsproyekt der Linken zerstört wird. Das Übel liegt an der Wurzel: die politische Kultur der Linken hat die Probleme der Demokratie und der politisch-ideologischen Toleranz bisher nicht lösen können: die Geschichte der Linken ist eine Geschichte der Spaltungen, der Uneinigkeit und der Atomisierung. Innerhalb des politischen Spektrums ist die Linke am zersplittertesten. Die Demokratie gehört nicht zur Kultur der Sozialisten, in Mexiko noch weniger als anderenorts; die Linke ist intolerant, despotisch und autoritär. Ihr Profil ist monolithisch, gebraucht wird aber Pluralismus. Die internen Entscheidungsprozesse verlaufen vertikal und zentralistisch gegen die Opposition und Dissidenz jeglicher Art.

Die Einigungsbestrebungen gingen nicht einher mit einem neuen Organisationskonzept. Als Grundlage galt das alte Schema des demokratischen Zentralismus. Folglich wurde aus dem Prozeß einer organischen Fusion die Fusion der Apparate, eine Allianz alter Bürokraten über die Mitglieder hinweg. Im Apparat wurde ein Beteiligungsmodell entwickelt, das den Einfluß der alten Führer bestimmte. so wurde die politische Auseinandersetzung und die Bemühungen um einen Konsens unterdrückt. Der Weg war frei für die Durchsetzung des "Stärksten". Der Irrtum war nachhaltig. Der Kommunismus, der revolutionäre Nationalismus der Linken und der Lombardismus lagen innerhalb der PSUM auf Konfrontationskurs. Der innere Konflikt wurde so auf die schlechtmöglichste Art gelöst: die Spaltung.

Die politischen Kosten häufen sich. Vor allem, weil parallel zur inneren Auseinandersetzung, die Einigungsbestrebungen stecken geblieben sind und so ein Mitgliederschwund provoziert wurde, sowie eine mangelnde Identifikation der Mitglieder mit ihrer Partei, einem Verlust an Einfluß in den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen, etc. In diesem Sinne hat die Partei Positionen in der Gesellschaft verloren. Ihre politischen Aktivitäten haben sich auf die Abgeordnetenversammlung, auf einige Merdien und auf Verhandlungen mit dem Staat reduziert. Die wenigen Gewerkschaften und Massenorganisationen, die die PSUM aus der Taufe gehoben haben, sind zusammengeschrumpft. Wenn dies auch vorrangig auf die Repressalien des Staates zurückzuführen ist, so muß man einfach sehen, daß die PSUM keine effizien-

ten Widerstandsformen entwickelt hat. Mehr noch, die Partei ist kein Instrument zur Bekämpfung der Krise. Ihr Wirkungsgrad bleibt eine bloße Willenserklärung, die sich nicht konkret niederschlägt mangels politischer Kraft. Die PSUM steht mit dem Rücken zum Lande."

ZU DEN POLITISCHEN MERKMALEN DER KRISE

Die Schwäche der Linken resultiert nicht ausschließlich aus den oben genannten Gründen. Nach Ansicht von Adolfo Gilly (siehe PROCESO vom 25.2.85) liegt der Hauptgrund, der in gewisser Weise alle anderen bedingt, in der nationalen und internationalen Krise. Er fasst die Grundzüge der Krise in 7 Punkten zusammen:

1) Offensive oder Gegenoffensive - wie man will - der USA auf Weltmaßstab, auf der Suche nach ihrer verlorengegangenen oder in Frage gestellten Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt; eine härtere Konfrontation mit der UdSSR und ihren Alliierten und die "Wiederherstellung der Ordnung" in Mittelamerika und der Karibik. Aus geopolitischen, ökonomischen und sozialen Gründen liegt der Brennpunkt dieser drei Richtungen der Offensive auf mexikanischem Territorium. Die mexikanische Linke hat noch nicht die "epochale Wende" begriffen, die die Reagan-Ära für die Politik und Wirtschaft der USA (und folglich für Mexiko) bedeutet und sie hängt immer noch an dem simplen Antiimperialismus der abhängigen Länder aus den 70er Jahren.

2) Die Defensivlage in der sich die mittelamerikanischen revolutionären Kräfte befinden (Nicaragua, Guatemala, El Salvador), die gezwungen sind, die vorher eroberten Positionen gegenüber dieser "Offensive" des Feindes zu "verteidigen". Wir sprechen wohlgerne nicht von Niederlage, von Passivität oder von Rückschlägen, wie es von Triumphalisten und Propagandisten ausgelegt wird, wenn man verantwortungsbewußt die Realität einschätzt. Defensive bedeutet, daß keine neuen Fortschritte wie die von 1979 in Nicaragua, 1980 in El Salvador und 1981 in Guatemala zu erkennen sind, sondern die Verteidigung der erreichten sozialen, organisatorischen und militärischen Fortschritte zur Vorbereitung späterer Offensiven. Wer im gewerkschaftlichen, politischen, revolutionären und militärischen Kampf nicht zwischen diesen Phasen unterscheiden kann oder will, sollte sich lieber anderen Dingen widmen. Diese Situation lastet auch auf der mexikanischen Linken, vor allem in dem Maße wie ein guter Teil ihrer Führung sich nicht auf das Verständnis dieser Etappen eingestellt hat, sondern lediglich auf einen verbalen und triumphalistischen

Propagandismus der Revolution, die stets voranschreitet und der bürgerlichen und imperialistischen Macht, die sich stets am Rande des Zusammenbruchs befindet.

3) Das Ende des Erdölbooms, an dessen Dauerhaftigkeit nicht nur José Lopez Portillo glaubte, als er sich darauf vorbereitete "den Überfluß zu verwalten", sondern auch ein Teil der linken Analytiker (man lese die Schriften und Artikel der Epoche, insbesondere die Illusionen über die Reichweite der Nationalisierung der Banken) und das Eintreten einer Synchronie der mexikanischen und der internationalen Krise.

4) Eine auf allen Ebenen stattfindende Offensive des Kapitals und des Staates gegen die Arbeiterschaft. Diese Offensive war von PRI und der Regierung mit großer politischer Klarsicht mit der Zerschlagung um 1977 der letzten großen unabhängigen Massenbewegung, angeführt von der Tendencia Democratica der Elektrizitätsarbeiter, vorbereitet worden. Die zentrale Rolle in dieser Aufgabe übernahm der Apparat des "charro" (korrupter Gewerkschaftsführer) Fidel Velázquez (seit 43 Jahren Führer des PRI-hörigen Gewerkschaftsverbandes CTM).



"C.T.M.
Banditenhöhle"

5) Eine gezielte Politik der Restrukturierung von Kapital und Staat in Mexiko auf Kosten der Arbeiter und in bewußter Gleichschaltung mit den Veränderungsprozessen des Kapitalismus in den USA. Diese Restrukturierung beschneidet die kollektiven Arbeitsverträge, Arbeitsnormen, Löhne, Beschäftigung und allgemeine Grundlagen der Reproduktion und der Organisation der Arbeiterschaft.

6) Ein Ausbleiben einer massiven organisierten und unabhängigen Antwort der Arbeiter auf diese Offensive, obschon es nicht an Kampfeswillen und zahlreichen partiellen oder örtlichen Kämpfen gefehlt hat. Diese Friedhofsruhe ist sorgfältig vom wichtigsten Organisator der Niederlage, Fidel Velázquez und seinem Apparat von Staatsagenten in der Gewerkschaftsbewegung, unter denen die "charros" der Erdölarbeitergewerkschaft hervorstechen, vorbereitet worden. Trotzdem haben einige Kämpfe im letzten Jahr wie die der Elektrizitäts- und die der Telefongesellschaftsarbeiter gezeigt, daß es möglich ist, wenn auch nur stellenweise, diese Offensive gegen die Arbeitsverträge aufzuhalten, auch wenn sie den anhaltenden Sturz des Realeinkommens nicht stoppen konnten. Aber so lange wie diese Beispiele nicht Schule machen, -und dies ist eine weitaus wichtigere Aufgabe für die Linken als die Suche nach Pöstchen und Diäten -, wird die gewaltsame Restrukturierung des Kapitals auch die Positionen wegfegen, die noch von den Arbeitern der E-Werke, der Telefongesellschaft, der Eisenbahn und anderer Sektoren gehalten werden. Dieses Ausbleiben einer massiven und organisierten Antwort, zu dem das mangelnde Verständnis der Linken zumindest teilweise beigetragen hat, schlägt gleichermaßen auf die Linke insgesamt zurück und beraubt sie der objektiven und subjektiven Ermutigung, die sie aus großen sozialen Kämpfen schöpft und es verstärkt im Gegenteil die Tendenz, in juristischen und parlamentarischen Gefechten Zuflucht zu suchen sowie zu der Annahme, daß die Achse der Klassenkämpfe das Innere des mexikanischen Staates durchkreuzt.

7) Zunehmende und extreme Frustration von Individuen und Gruppen der Bevölkerung gegenüber der Krise und der offiziellen Politik. Dieser Frust kippt in dem Maße, wie nicht gesellschaftliche Organisationsformen gefunden werden, um in örtliche Konflikte bzw. Explosionen sowie in eine mitte-rechts Opposition, deren Argumente simpler, zugänglicher und effektiver erscheinen, wenn die organisierte Arbeiterschaft und die doktrinären Debatten der Linken keine Hilfe und kein alternatives Projekt für die Arbeiter gegenüber Staat und Kapital in der Krise anbieten.

KOLUMBIEN

Selbsthilfe: Ein Schritt zur Befreiung

Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN und die KOLUMBIEN-GRUPPE KÖLN e.V. unterstützen seit mehreren Jahren ein Projekt in einem Elendsviertel von Bogotá. In den LN -108 vom Nov. 1982 berichten die Ordensschwwestern, die seit 10 Jahren diesen Organisations- und Veränderungsprozeß begleiten, über ihre Methode und die Bedingungen, unter denen sie arbeiten. Im Folgenden soll anhand einer der Selbsthilfegruppen dieses Viertels herausgearbeitet werden, was Sozialarbeit, Selbsthilfe und Entwicklung heißen kann und welchen Prozeß diese Selbsthilfegruppe durchlebte.

"Nun ja, gerecht wäre es, wenn wir alle gleiche Chancen hätten. Diese bessere Zukunft, die wir anstreben, die heißt für mich, daß der Mensch nicht mehr Sklave seiner Arbeit ist. Wir wollen eine Welt, in der die Güter und der Reichtum allen gehören und geteilt werden, in der es keine Reichen und keine Armen gibt, eine Welt ohne Unterdrücker, die von unserem Schweiß leben, eine Welt, in der man sagen kann, was man denkt, ohne ständige Angst, für die Wahrheit getötet zu werden. Eine Welt, in der der Mensch als solcher zählt und nicht das Geld, das er besitzt, eine Welt, in der unsere Kinder sich frei bewegen können, in der sie alle Fähigkeiten entwickeln können und lernen, sich selbst zu verwirklichen. ... Ich habe als Erzieherin in unserem selbstverwalteten Kindergarten im Viertel in der ersten Zeit immer nur den Nachbarn einen Dienst erweisen wollen, mehr nicht. Aber dann wurde ich verantwortungsbewußter und sah die Notwendigkeit, zu lesen, zu lernen und mir Wissen anzueignen. Mir wurde klar, daß es ja nicht darum geht, den Nachbarn einen Gefallen zu tun, ihnen zu helfen. Weißt du, wir fühlten uns so richtig gut in dieser Rolle des Aufopferns für den anderen, aber dann fragten wir uns: Wo führt das eigentlich hin? Unsere Neugierde, rauszufinden und zu hinterfragen, was wir nicht verstanden, war wachgeworden. Ich bin nur 4 Jahre zur Schule gegangen und hatte immer geglaubt, das Lernen hieße, sich Vorträge anzuhören.

Nun begannen wir, aus unseren eigenen Erfahrungen heraus zu lernen, nicht für, sondern aus dem Leben zu lernen. Das sind alles Sachen, die bringt einem keiner in der Schule bei, sondern die

Not bringt einen dahin. Das wichtigste war für mich bei diesem Lernprozeß, mich selbst als Menschen wertschätzen zu lernen, um auch andere schätzen und verstehen zu lernen. Dann erst kann man sein Wissen auch weitergeben und den Leuten in diesem Viertel und in den Nachbarvierteln helfen, sich zu organisieren und zu beginnen, Lösungen für ihre Probleme zu suchen und gemeinsam umzusetzen. Wir haben auch gelernt, daß wir es nicht zu eilig haben dürfen, wenn wir wirklich eine grundlegende Veränderung der Strukturen herbeiführen wollen. Wir müssen uns erst mal gegenseitig mit unseren Fehlern und unseren Fähigkeiten respektieren. Die Leute müssen langsam aufwachen, gemeinsam den Sachen auf den Grund gehen wollen und gemeinsam nach kollektiven Antworten auf ihre Probleme suchen, ohne sich gedrängt zu fühlen. Denn sie haben Angst davor, ihre Denkweise zu ändern und etwas Neues zu tun. Das müssen wir bedenken.

Soweit Maria, Mutter von 2 Kindern, die in einem armen Viertel im Südosten von Bogotá lebt. Ihre Worte drücken Vertrauen in sich selbst und in ihre Mitmenschen aus, gemeinsam eine bessere Welt schaffen zu können. Eine bessere Welt heißt für sie nicht nur materielle Gleichheit, sondern vor allem träumt sie davon, daß wenn die ökonomische Macht erst einmal um verteilt und basisdemokratisch verwaltet ist, der Mensch alle seine Fähigkeiten entwickeln und im solidarischen Miteinander leben kann. Maria wartet nicht darauf, daß irgendeine Regierung oder revolutionäre Avantgarde ihre Probleme löst, sie ist sich der Tatsache bewußt, daß die gesellschaftliche Veränderung die Aufgabe derer ist, die daran leiden: des Volkes.



Maria redet nicht nur, sie handelt auch: im Kindergarten arbeitet sie seit 5 Jahren, beteiligt sich auch in anderen Gruppen ihres Viertels und unterstützt die Arbeit von selbstverwalteten Kindergärten in anderen Vierteln. Aber sie ist nicht die einzige, die so lebt und denkt: in ihrem Viertel haben sich viele Bewohner - besonders die Frauen - in Gruppen organisiert, um Lösungen für die dringendsten Probleme und den Weg für ein menschenwürdiges Leben für alle zu suchen.

OHNMACHT UND ARMUT

Das Viertel unterscheidet sich kaum von anderen armen Vierteln lateinamerikanischer Großstädte, wo ca. in Drittel der Bevölkerung lebt. Leicht können die fast eleganten Fassaden den oberflächlichen Besucher in die Irre führen. Aber hinter diesen Fassaden versteckt sich eine erniedrigende soziale Wirklichkeit, die dem Menschen eine Entfaltung seiner Fähigkeiten und Selbstverwirklichung versagt.

Die Geschichte dieser Menschen ist eine Geschichte von Gewalt und Entbehrung: Das Viertel entstand vor 20 Jahren; seine Bewohner stammen entweder aus anderen Vierteln Bogotás, wo sie wegen der steigenden Mieten weg mußten, oder vom Lande, wo die Konzentration von Boden in den Händen der Großgrundbesitzer sie enteignete und vertrieb. Ihr Hauptproblem ist heute die Suche nach fester Arbeit mit einem Lohn, der das Überleben ermöglicht. Die Mehrheit ist ohne feste Arbeit, ihren Unterhalt fristen sie mit Gelegenheitsarbeiten und niedrigen Dienstleistungen. Ihre Einkommenssituation bedingt ihre Wohnsituation: Die öffentlichen Dienstleistungen, das Dach über dem Kopf, die Art der Ernährung usw. hängen nicht von ihrem eigenen Willen, sondern von ihrer Kaufkraft ab. Dementsprechend sind Wasserver- und -entsorgung, Müllabfuhr, Stromversorgung, Transport usw. unzureichend: Der Müll wird zwar bezahlt, aber fast nie abgeholt, die Müllhalden wachsen, Ratten, Mäuse und Kakerlaken vermehren sich. Wasser wird oft ab Mittag rationiert; oft fällt der Strom aus.

Aber trotz der gemeinsamen Betroffenheit von diesen Problemen gibt es Macht- und Ausbeutungsstrukturen unter den Bewohnern, die eine spontane Solidarisierung verhindern. Wo das Überleben ein individueller Kampf gegen den Nachbarn ist, ist es schwer, den Traum von einem besseren Leben wachzuhalten. Diese Menschen, deren Leben nie von eigenen Entscheidungen abhing, sondern von äußeren Zwängen, von gesellschaftlichen Strukturen, fühlen sich einem Schicksal unterworfen, auf das sie nicht einwirken können: Das schafft Angst und fehlendes Selbstvertrauen. So suchen sie Sicherheit durch Anpassung an die herrschenden Werte und Verhaltensweisen.

Der Mensch wird so immer unfähiger, sich mit den Problemen seines Lebens auseinanderzusetzen: Er übergibt die Verantwortung den jeweiligen Institutionen: Den Körper der Medizin, die Seele der Kirche, die Zeit dem Patrón, die Zukunft der Regierung... Dies Bewußtsein

spiegelt eine soziale Wirklichkeit wider, wo über Tod und Leben nicht der Mensch, sondern der Markt und seine Gesetze entscheiden.

Aber die Sehnsüchte und Träume nach etwas Besserem lassen sich nicht völlig zerstören. Vielleicht haben die Menschen irgendwann einmal ihre Kreativität und Stärke gefühlt, wenn sie gemeinsam etwas schufen, vielleicht sogar ist der Bau ihrer Hütte die einzige nicht-entfremdete Arbeit gewesen, die sie ahnen läßt, daß Arbeit auch Selbstverwirklichung sein kann. Diese Träume, die Fragmente von Solidarität und Hoffnung, verschüttet unter dem Kampf ums Überleben, müssen bewußt gemacht werden, denn sie sind die Basis für den Weg zur Selbstbestimmung.

Die Situation von Elend, Gewalt und Entbehrung bringt aus sich heraus keinen verändernden Prozess hervor: Wo kann das anscheinend so kohärente System von materieller Not und fehlender Auflehnung dagegen aufgebrochen werden? Welche Schritte werden vollzogen, wenn die Menschen ihre Bedürfnisse zu erkennen beginnen und Kommunikations- und Organisationsformen schaffen, die als Keime einer neuen Gesellschaft diese Bedürfnisse befriedigen und neue erkennen lassen?

PROZESS DER ENTWICKLUNG DER SELBSTHILFEGRUPPEN

Mit dem Ziel, zu Organisierungs- und Bewußtseinsbildungsprozessen beizutragen, die kurzfristig unmittelbare Notsituationen erleichtern und langfristig zur Veränderung gesellschaftlicher Strukturen führen, ließ sich eine Gruppe von Ordensschwestern vor 10 Jahren in dem Viertel nieder. Die ersten 2 Jahre lernten sie die Menschen, ihre Fähigkeiten, ihre Einstellungen und ihre Bemühungen, die Situation zu verbessern, kennen. Dann richteten sie ihre Arbeit mit den Leuten daran aus, sie bei ihrer Suche nach Lösungen zu unterstützen, um kollektive Entwicklungsprozesse zu fördern. Inzwischen gibt es eine Anzahl von Gruppen in 5 Bereichen: Gesundheit, Volkskultur, Kommunikation, Pastoral- und Vorschulkindererziehung. In all diesen Gruppen geht es darum, ausgehend von den Alltagserfahrungen gemeinsam die Ursachen zu erkennen, gemeinsam Entscheidungen zu fällen, kollektive Lösungen in die Praxis umzusetzen. Das bedeutet auch, daß gleichberechtigte, horizontale Beziehungen zueinander entwickelt werden, wo neue Werte wie Solidarität und Aufrichtigkeit gelebt werden können.

Die Mitglieder der Gruppen haben ein technisches Wissen erworben, das ihnen hilft, bestimmte Probleme des Alltags angehen zu können, wie z.B. 1. Hilfe Maßnahmen oder auch die Fähigkeit, ein Thema zu erarbeiten, um einen Artikel für die Stadtteilzeitung zu schreiben. Sie haben politische Kenntnisse erworben, um die Ursachen ihrer Situation zu verstehen und langfristig strukturverändernde Lösungen in Angriff nehmen zu können. Außerdem haben sie weitgehend den Individualismus überwunden; sie fühlen sich akzeptiert und verstanden in ihren Gruppen. Man interessiert sich füreinander und hilft sich. Diese 3 Aspekte: technisches praktisches Wissen; politisches Verstehen und solidarische zwischenmenschliche Beziehungen sind die

Grundlage dafür, daß der Einzelne seine Fähigkeiten entwickeln kann, die Schüchternheit wird überwunden, das Selbstvertrauen wächst, und es wird möglich, einander zuzuhören und voneinander zu lernen, andere Meinungen zu respektieren und die eigene auszudrücken.

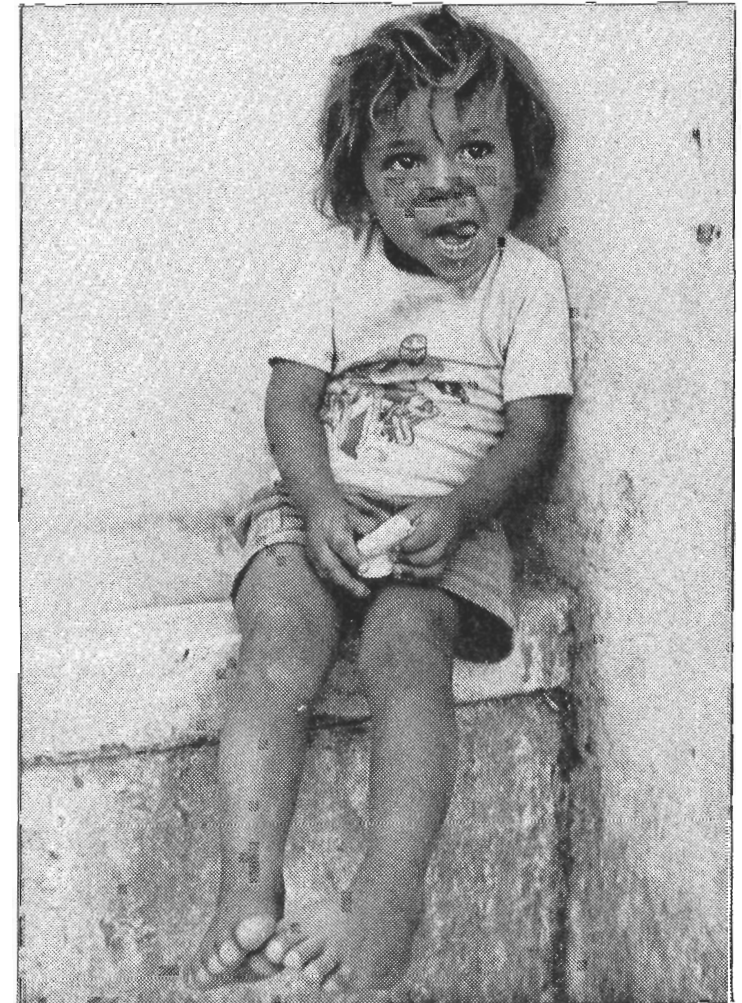
Selbstverständlich ist dieser Prozeß sehr langsam, und der erste Schritt ist das Akzeptieren der eigenen Realität, um sie zu verändern. Es wächst das Bewußtsein, daß weder der Einzelne noch die Gruppe die Realität verändern kann, sondern daß dies nur dann sich verändert, wenn alle gemeinsam die Wurzeln sozialer Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung angehen. Dieser erste Schritt auf die Nachbarn hin hat der Gruppe mehr Vertrauen in sich selbst gegeben, hat aber auch gezeigt, daß die Vorschläge nicht von allen mit Begeisterung aufgenommen werden, denn kollektive Lösungsstrategien entsprechen nicht den traditionellen und individualistischen Vorstellungen der Mehrheit der Nachbarn. Das Konzept der Selbsthilfe und des Vertrauens in die eigenen Kräfte widerspricht der Hoffnung auf die Lösung von außen. Die Pastoralgruppen kamen in Konflikt mit der Kirchenhierarchie, die Erzieherinnen des Kindergartens kamen in Konflikt mit den Eltern, die nicht verstanden, weshalb bei ihren Kindern die Fähigkeit zum Protest und zur Kritik statt des blinden Gehorchens gefördert wurde. Auch innerhalb der Gesundheitsgruppe gibt es immer noch einzelne, die sich weigern einzusehen, daß die Gesundheitsprobleme nicht mit Spritzen und Tabletten gelöst werden, sondern daß eine wirkliche Lösung ein tiefes Verständnis der sozialen und kulturellen Realität erfordert und somit kollektive vorbeugende Strategien. Diese Diskrepanz zwischen individualistischen traditionellen Vorstellungen und neuen solidarischen kollektiven Denkweisen drückt sich überall aus: kaum hat eine Gruppe Verantwortungsgefühl entwickelt, um regelmäßig zu Treffen zu kommen und die selbstauferlegten Aufgaben zu erfüllen, stoßen sie auf Widerstand in ihrer Familie, die absoluten Gehorsam fordert. Das heißt, daß in dem Maße, wie die Einzelnen Fähigkeiten entwickeln und Selbstvertrauen erlangen, neue Probleme mit denjenigen entstehen, die ihnen nahe stehen. Sie sind davon überzeugt, daß ihre Art zu denken und ihre Lösungsvorschläge besser sind, aber alle Welt stellt sich dagegen. Diese Diskrepanz kann nur in der Gruppe gelöst werden. Gelingt dies der Gruppe, so wächst ihr Selbstvertrauen in die kollektive Kraft, wenn es nicht gelingt, so entsteht ein Gefühl der Ohnmacht.

DIE ENTWICKLUNG DES KINDERGARTENS

"Der Kindergarten entstand aus einem Bedürfnis der Gemeinde vor 5 Jahren. Es hat immer Leute gegeben, die nach einem Ort suchten, wo ihre Kinder gehütet wurden, während sie arbeiteten. Die Kinder von 2 oder 3 Jahren werden dann einfach zu Hause allein eingeschlossen. Oft gab es Kinder, die dann von Ratten angefallen wurden, oder es gab Unfälle, wenn die Kinder mit dem Herd umgingen. Als dann einmal zwei Kinder verbrannten, als sie den Herd anzumachen wollten um zu kochen, hatten viele Eltern Angst, ihre Kinder

alleine zu lassen. Da ergriff Nora, eine Ordensschwester, die Initiative und rief uns zu einer Versammlung zusammen. Dort wurde beschlossen, einen kleinen Kindergarten einzurichten. Man mietete ein kleines Zimmer, ein paar junge Mädchen meldeten sich, um auf die Kinder aufzupassen und mit 10 Kindern begannen wir. ..."

So schildert Maria, eine der Mütter, die jetzt seit 3 Jahren als Erzieherin im Kindergarten arbeitet, wie alles begann. Die Geschichte des Kindergartens beginnt mit einem alltäglichen Problem, das zur Gewohnheit geworden war, zu einem Aspekt ihres unglückseligen Lebens. Erst durch den Tod zweier Kinder wird dieses objektive Bedürfnis auch zu einem als solchem empfundenen.



Aber allein die Tatsache der Bewußtwerdung, daß es Veränderungsmöglichkeiten gibt, führt nicht automatisch auch dahin, neue Wege zu suchen. Es fehlt noch an sozialer Phantasie, um sich etwas Neues vorzustellen, an Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, an Mut, um etwas Neues anzupacken, um Schritte in ein unbekanntes Terrain zu machen, denn die Überzeugung von der eigenen Unfähigkeit ist allzu tief verankert. Also war es Nora, die Ordensschwester, die eine Handlungsalternative anbot: Einen Kindergarten zu organisieren; sie stellte die äußeren Bedingungen, damit er funktionieren konnte. Außerdem gab sie den Leuten das Gefühl, daß sie in der Lage seien, den Kindergarten selbst zu verwalten. Diese Alternative bedeutete keine aufgesetzte Lösungsstrategie, sondern sie basiert auf den Ressourcen des Viertels. In der ersten Zeit waren es noch die Schwestern, die einen großen Teil der Organisation des Kindergartens durchführten, aber von Anfang an waren es Frauen aus dem Viertel, die auf die Kinder aufpaßten.

Von Anfang an bezahlten die Eltern einen Teil der Miete für den Raum, und das Essen wurde aus dem zusammengelegt, was jeder mitbrachte und was jeder geben konnte. Das wichtigste Kriterium für die Auswahl der Kinder war die ökonomische Bedürftigkeit der Eltern.

Mehr konnte man von ihnen in dieser ersten Zeit nicht erwarten, denn es ging ihnen ausschließlich darum, ihre Kinder irgendwo unterzustellen, damit ihnen nichts passierte. Diese Anfangsmotivation reichte nicht aus, um sie zu mehr aktiver Beteiligung zu bewegen. Die Eltern beteiligten sich, soweit sie wollten und konnten; Nora bestand immer mehr darauf, daß sie selbst es sein müßten, die später den Kindergarten führen. Sie machte den Eltern klar, wie wichtig ihre Beteiligung ist und daß ohne ihre Unterstützung der Kindergarten gar nicht existieren könne. So begannen die Eltern, ganz langsam etwas Vertrauen in ihre Fähigkeiten zu entwickeln, das ihnen die Kraft gab, etwas mehr Anstrengungen zu machen.

Für die Nonnen war es von Anfang an klar, daß das Ziel des Kindergartens nicht darin lag, Kinder zu behüten, sondern Lern- und Veränderungsprozesse mit den Eltern und den Kindern zu initiieren.

Im ersten Jahr bestand die Arbeit mit den Kindern in erster Linie darin, ein angenehmes Klima zu schaffen, wo die Kinder sich wohlfühlten. Die Kinder waren alle gehemmt, still; wo man sie hinsetzte, da blieben sie brav sitzen. Viele Kinder waren fehlernährt. Ein Kind zum Beispiel blieb den ganzen Tag an die Wand gedrängt sitzen und gab nur Tierlaute von sich. Zu Hause hatte man es immer mit Hund und Katze zusammen eingeschlossen.

Innerhalb von kurzer Zeit konnte diese Mauer des Schweigens und der Bewegungslosigkeit durchbrochen werden. Die Kinder wurden mit Zuneigung und einem freien Klima dazu angehalten, sich zu bewegen und sich auszudrücken. Erst einmal entläd sich ihre ganze angestaute Aggressivität, die Kinder prügeln sich um alles, sei es ein Spielzeug oder ein Stück Brot. Die Erzieherinnen, die jungen Mädchen aus dem Viertel, bemühen sich, ihnen das Teilen nahezubringen.

Von Anfang an bemühten sie sich auch, die künstlerische Ausdrucksfähigkeit der Kinder zu wecken und zu fördern. Sie lernen kolumbianische Tänze, die sie dann öffentlich aufführen.

Mit viel Anreizen, Freiheit und Zuneigung entwickeln die Kinder Fähigkeiten, die ihnen ihre Eltern niemals zugetraut hätten. Sie werden zärtlicher und fröhlicher. Die Neugierde, die einige Eltern mit Prügel schon fast erschlagen hätten, wird wieder geweckt; der Wille, sich zu verteidigen, wird gestärkt; der Egoismus, den die Eltern ihnen als Überlebensform beigebracht hatten, wird durch das Teilen ersetzt. Das aggressive Wettbewerbsverhalten verschwindet in dem Maße, wie die Idee des Teilens sich durchsetzt, und ein solidarisches Verhalten gegenseitiger Hilfe beginnt zu wachsen.

Von Anfang an gab es Elternversammlungen, wo die Probleme des Kindergartens besprochen werden, z.B. die Verhaltensänderung bei den Kindern, ihre Aggressivität. Die Mütter nämlich hatten begonnen sich zu beschweren, man würde ihr Kind verderben, früher sei es ganz brav und still gewesen und nun würde es ständig protestieren, nichtmal prügeln könne man es mehr. Schritt für Schritt wird erkannt, daß Aggressivität kein isoliertes Problem ist, sondern Resultat eines sozialen Systems, wo die ungleiche Verteilung der Reichtümer nur mit Gewalt aufrechterhalten werden kann, wie zum Beispiel durch Wettbewerbsverhalten. So, ausgehend von den Problemen des Alltags, die immer als individuell angesehen wurden, wird erreicht, daß erkannt wird, daß nur das solidarische gemeinsame Handeln langfristig gesellschaftliche Strukturen verändert.



Ein weiterer wichtiger Aspekt der Elternversammlungen ist die Beteiligung der Männer. Zuerst waren es natürlich nur Frauen, die kamen, denn für die Männer ist Kindererziehung Frauensache. Alle sind sich der Wichtigkeit der Anwesenheit der Väter bewußt, und so wird gemeinsam beschlossen, die Versammlungen in den Häusern der Eltern zu machen, zu einer Zeit, wo die Männer zuhause sind. So nehmen sie gezwungenermaßen teil, und ihr Interesse wird geweckt. Einige kommen regelmäßig, woraufhin auch die anderen kommen. Als sich dann ein fester Kern von Eltern gebildet hat, werden Kurse zu unterschiedlichen Themen, die von den Eltern gewünscht werden, organisiert.

Das Mißtrauen in den Nachbarn legt sich durch das angenehme Klima, das bei den Versammlungen geschaffen wird, die Vorurteile gegen die anderen werden abgebaut durch positive Erfahrungen der Kommunikation.

Nach kurzer Zeit geht die passive und rezeptive Haltung der Eltern über in eine verantwortungsbewußte Übernahme von einigen Verwaltungsmaßnahmen: schon bald bezahlen die Eltern die gesamten Mietkosten und organisieren Feste und andere Aktivitäten, um die Ausstattung des Kindergartens kaufen zu können. Es wird beschlossen, den Kindergärtnerinnen ein Honorar zu zahlen. Ein ständiges Problem ist das Fehlen eines geeigneten Raumes für die Kinder, und so wird beschlossen, ein Grundstück zu kaufen und ein eigenes Haus für den Kindergarten und andere Veranstaltungen und Gruppentreffen zu bauen. Um Finanzhilfe erhalten zu können und auch legaler Eigentümer des Hauses sein zu können, schließen sie sich zu einem eingetragenen Verein zusammen und erlangen die Gemeinnützigkeit. Als sie das Grundstück haben, arbeiten sie fast ein Jahr gemeinsam und freiwillig jeden Sonntag an dem Hausbau. Diese Arbeit verbindet die Gruppe noch stärker, und die Mitarbeit der anderen Selbsthilfegruppen bezieht auch diese noch mehr in die freundschaftlichen Beziehungen mit ein. Dann erarbeiten sie die interne Regelung des Kindergartens ausgehend von den Erfahrungen der ersten Etappe. Sie entscheiden, daß es nun nicht mehr die Bedürftigkeit der Eltern sein soll, die wesentliches Kriterium für die Aufnahme des Kindes ist, sondern die Bereitschaft zur Teilnahme an den Aktivitäten und an der gemeinsamen Erziehungsarbeit, da die Erfahrung zeigte, daß der Erziehungsprozeß mit Eltern und Kindern ablaufen muß, da sonst die Kinder in quasi 2 Welten aufwachsen: der freien Atmosphäre des Kindergartens und der traditionellen Kinderaufzucht zu Hause.

Wesentlich am Prozeß, den die Eltern durchlebten, sind zwei Aspekte: ausgehend von der Sehnsucht nach besseren zwischenmenschlichen Beziehungen werden bestehende Formen sozialer Kommunikation entwickelt; bei allen Aktivitäten wird ausgegangen von dem, was es schon gibt und was den Leuten Spaß macht. Es reicht selbstverständlich nicht aus, Freundschaft zu stärken, damit Verantwortung übernommen wird, sondern ein Bedürfnis wird sehr positiv befriedigt: die Kinder

werden nicht nur behütet, sondern sie lernen auch etwas, sie sind zufrieden. Deswegen kann man nach einiger Zeit von den Eltern mehr Mitarbeit verlangen, ihre Motivation ist gewachsen und damit auch ihre Bereitschaft, etwas zu geben.

Auch die Kindergärtnerinnen oder Erzieherinnen machten einen wichtigen Prozeß durch. Zuerst waren es junge Mädchen aus dem Viertel.

Langsam wurden sie ersetzt durch Mütter, um deren Fähigkeiten weiterzuentwickeln. In der ersten Zeit gab es Probleme, da die Mütter noch keine pädagogischen Elemente hatten und weil es deswegen für ihre eigenen Kinder schwer war, soziales Verhalten zu verbessern.

Von Beginn an evaluierten die Erzieherinnen einmal in der Woche mit Nora, der Ordensschwester, die Entwicklung der Kinder und planten die Arbeit der kommenden Woche. Außerdem beschäftigten sie sich mit nicht-autoritären Erziehungsmethoden, immer unter der Fragestellung, was diese oder jene Methode für die Arbeit mit Kindern in Elendsvierteln bedeutet. Nora läßt sie spüren, daß sie als Mütter wichtige Erfahrungen haben. Es gelingt den Erzieherinnen, sich als festes Team zusammenzuschließen und sich gegenseitig zu kontrollieren und zu helfen in ihrem Umgang mit den Kindern und den Eltern. Sie erarbeiten didaktisches Material und lernen es, pädagogisch systematisch zu arbeiten. Sie selbst sind Teil des Erziehungsprozesses, den sie mit den Kindern machen: auch ihre Neugierde wird geweckt, auch sie fragen mehr und mehr nach dem 'Warum'.

Über die Kindergärtnerinnen ist der Kindergarten mit anderen autonomen Kindergärten Bogotás verbunden. In diesem Zusammenschluß geht es darum, zum einen die pädagogische Weiterbildung aller Erzieherinnen zu garantieren und gleichzeitig sich an den Staat zu wenden, damit die Erzieherinnen bezahlt werden und die Ernährung der Kinder finanziert wird.

Dieser Kindergarten ist zweifelsohne ein Beispiel für 'Selbsthilfe' und er zeigt, daß Selbsthilfe nicht heißt, daß alle Schritte zur Interessenerkennung und -verteidigung von den Leuten unbedingt eigenständig unternommen werden müssen. Es gibt Momente, wo das aktive Eingreifen einer außenstehenden Gruppe notwendig ist, in diesem Fall waren es die Nonnen. Sie erfaßten die Impulse, die von den Leuten ausgingen, um sie ihnen in machbarer Form zurückzuvermitteln. Emanzipation ist ein Prozeß sozialen Lernens, der zwischen Handeln und Reflexion stattfindet: durch das reflektierte Handeln werden sich die Menschen ihrer Veränderungsmöglichkeiten bewußt, um den nächsten Schritt machen zu können. Gearbeitet wird immer auf mindestens 3 Ebenen: Herstellen von zwischenmenschlichen Beziehungen, die keine Herrschaftsstrukturen reproduzieren, Erarbeitung von Wissen, um die konkrete Notsituation zu erleichtern (hier: pädagogisches Wissen), und drittens die Analyse der

sozio-ökonomischen Ursachen dieser Situation.

Wohin können diese Gruppen kommen, welches sind ihre realen Entwicklungsmöglichkeiten? Offensichtlich sind es nicht die Leute, die auf die Straße gehen und ihre Rechte einfordern im Kampf gegen den Staat, sie träumen auch nicht davon, die politische Macht an sich zu reißen. Auch ist ihr Beitrag zur Lösung von Problemen relativ gering, da sie schließlich 'nur' 50 Kinderbetreuer in einem Viertel mit 9000 Einwohnern. Worin besteht also ihre Stärke? Sie scheint mehr auf einer anderen Ebene zu liegen: auf ihrer Fähigkeit neue Verhältnisse im Alltagsleben auszuprobieren, neue Werte zu schaffen, Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen und ihnen etwas Neues entgegenzusetzen. Ein bewußter und selbstsicherer Mensch, der sein Leben selbst in die eigenen Hände nehmen will, wächst in diesen Gruppen; ein Mensch, der seine individuelle und kollektive Identität erkennt und sucht. Welchen Beitrag können solche Gruppen zur Veränderung gesellschaftlicher Strukturen leisten? Sind es nicht nur Inseln, wo persönliche Freundschaften gesellschaftliche und politische Probleme verdecken? Was kann die Suche nach der eigenen Identität zur Veränderung der Gesellschaft beitragen?

Gesellschaftliche Strukturen reflektieren sich im sozialen Handeln, die Einzelnen reproduzieren tagtäglich blinden Gehorsam in unzähligen Tätigkeiten. Herrschaftsstrukturen sind verinnerlicht. Es findet ein Prozeß kultureller Verelendung statt, der dazu führt, daß Unterdrückung und Herrschaft hingenommen wird. Ein Zusammenspiel von sozio-kulturellen Vorstellungen und Verhaltensweisen integriert die Menschen in ein Gesellschaftssystem, das sie letztendlich zerstört. Diese Selbsthilfegruppen erobern bestimmte Aspekte gesellschaftlichen Lebens zurück, die sich der Staat angeeignet hat. In diesem Prozeß des Erkennens ihrer eigenen Interessen befreien die Leute sich von manipulierten Bedürfnissen wie dem des Konsums, erkennen ihre eigene Würde beim Bewußtwerden ihrer Fähigkeiten und ihrer Grenzen und beginnen neue Werte zu entwickeln wie den der Solidarität. Neue Konzepte entstehen: Teilen gegen den Konsum, Solidarität gegen den Wettbewerb, Bestätigung des Lebens gegen ein System des Todes. Da werden dann keine Unterdrückungsstrukturen mehr ratifiziert: wer eine gerechte Verteilung der Güter will, kann nicht gleichzeitig den privaten Konsum als Mittel zum Aufsteigen benutzen. Das Alltagsleben ändert sich: was wird gekauft? welche Musik wird gehört? was wird mit der Freizeit gemacht? welches Spielzeug für die Kinder? An solchen Aspekten drückt sich aus, ob Herrschaftsstrukturen gefestigt oder hinterfragt werden. In diesem Sinn trägt jede Selbsthilfegruppe dazu bei, soziale Strukturen weniger zu verinnerlichen, und Neues zu schaffen. Die Menschen werden weniger leicht regierbar, sie entwickeln sogar oft neue Formen von Basisdemokratie in ihren Kleingruppen. Sie sind ein Schritt auf dem langen Weg zur Emanzipierung und Befreiung.

SPENDENAUFTRUF UNTERSTÜTZUNG ZUR VON SELBSTHILFEGRUPPEN

SPENDENKONTO: POSTSCHECKAMT KÖLN
BANKLEITZAHL 37010050
KONTONUMMER 249917-505
STICHWORT "AVESOL"
KOLUMBIENGRUPPE KÖLN e.V.



PERU

Vor den Präsidentschaftswahlen

Sprengstoffanschläge, Attentate auf Polizeibeamte, Kampf der Armee gegen den 'Sendero Luminoso' und 'Tupacamaru', bei dem allein in den letzten Februarwochen 70 Menschen starben; blutige Gemetzel der Rauschgiftmafia unter kleinen Kokain-Bauern; eine Inflationsrate von 140% im Januar 1985; eine kaum endende Welle von kürzeren oder längeren Streiks (Mediziner, Eisenbahner im ganzen Land, Hafen und große Fabriken in Lima und Arequipa usw.); eine hohe Auslandsverschuldung; ein unzureichendes Gesundheitswesen; mehr als ein Drittel der schulfähigen Kinder besuchen keine Schule; riesiges Auseinanderklaffen zwischen dem "modernen" Lima, in dem fast ein Drittel der ca. 18 Millionen Peruaner wohnt, und dem unterentwickelten Hochland und dem Urwald: All das gehört zu der Situation Perus vor den Präsidentschaftswahlen am 14. April 1985.

Traut man den neuesten Umfragen, so steht der Sieger bereits fest: Alan Garcia Perez (APRA-Alianza Popular Revolucionaria Americana - Amerikanische revolutionäre Volksallianz). Bei einer in Lima und Umgebung durchgeführten Untersuchung der Zeitschrift 'Caretas' (Nr. 838/1985) liegt er mit 45,4% vorne; laut der ersten landesweiten Umfrage bekommt er sogar 53,1% ('La Republica' vom 24. 2. 85). Der Kandidat der Izquierda Unida (Vereinigte Linke), Alfonso Barrantes, liegt mit 23,1% an zweiter Stelle vor Bedoya, Convergencia Democratica, und Alva, dem Kandidaten der jetzigen Regierungspartei Acción Popular (bürgerliche Partei von Belaunde), der die Schuld an der gegenwärtigen Krise gegeben wird. Vor allem die Dörfer des Nordens, die Agrar- und Fischereindustrie sind die Festungen der APRA, während die IU im Süden stärker repräsentiert ist.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Alan Garcia bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erhält und die sonst notwendige zweite Wahlrunde zwischen den beiden am meisten gewählten Kandidaten überflüssig wird.

ALAN GARCIA ALS RETTER

Im gegenwärtigen Wahlkampf schreitet Alan Garcia Perez mit der Pose des Retters aus der Krise auf den Spuren des Papstes. Die missionarische Geste, die Größe seiner Versammlungen, die Ähnlichkeit der Sprüche, bei denen nur der Name ausgewechselt wird und das publicity-trächtige Posieren mit Kindern - immer wieder wird er mit dem Papst verglichen.

Auf den vielen Wahlversammlungen, die er von Lima bis in die entferntesten Urwaldstädte am Amazonas abhält, glänzt er charismatisch durch Eloquenz, rhetorisch geschickt strukturierte Reden und Überzeugungskraft, mit der er z.B. sein Versprechen vorbringt, sich besonders um die Ernährung des Volkes zu kümmern, und scheint mit seiner Jugendlichkeit einen neuen Aufbruch zu verkörpern. Von seinen wesentlich älteren Mitbewerbern unterscheidet er sich mit seinen 36 Jahren schon durch seine äußerliche Erscheinung, die ihm bei den Frauen - so die Meinungsumfragen - deutliche Pluspunkte gegenüber seinen Konkurrenten einbringt. (Welche Machos haben denn die Umfrage ausgewertet? der Tipper)

Sein Aufstieg war kometenhaft. Als nach dem Tode des Gründers der APRA, Haya de la Torre, und der Wahlniederlage 1980 die Partei in einen rechten und einen linken Flügel - repräsentiert durch Townsend und Villanueva - auseinander zu fallen drohte, gelang Alan Garcia als Sprecher einer 'dritten Position' der Zusammenhalt der Partei. Im Oktober wurde er zum Generalsekretär des Partido Aprista Peruana gewählt; er führte seitdem die zumindest äußerliche Moder-



Alan Garcia
mit Willy Brandt

nisierung der Partei unter Beibehaltung der zentralistischen, an einem einzigen Caudillo orientierten Organisationsstruktur durch. Er betreibt die Annäherung der APRA an die Sozialistische Internationale und läßt sich gerne als peruanischer Felipe Gonzalez bezeichnen.

In den letzten zwei Jahren machte er eine offensive sozialdemokratische Politik. Im Wahlkampf versucht er Stimmen von der Linken zu gewinnen bei gleichzeitiger betonter Abgrenzung vom Kommunismus, der im "ABC del APRA" als undemokratisch, klassenorientiert und imperialistisch kritisiert wird. In dieser überall in Peru an Kiosken vertriebenen Broschüre werden die Grundzüge der APRA-Ideologie dargestellt. Die Alianza Popular Revolucionaria Americana wurde 1924 von Victor Haya de la Torre als Organisation des Volkes, der Frente Unico, gegen den Imperialismus gegründet. Im Maximalprogramm der Partei wird der Imperialismus als "erste Etappe des Kapitalismus in Indoamerika" (Torre) bezeichnet, die neben Technik und Modernisierung vor allem Unterjochung und Ausbeutung gebracht hätte. Gefordert wird die ökonomische und politische Einheit Lateinamerikas, die Internationalisierung des Panamakanals, die soziale Gleichheit und die "fortschreitende Nationalisierung der Industrien des Landes". Dabei wird jedoch immer wieder betont, daß die APRA nicht gegen das ausländische Kapital sei, ohne das sich ein unterentwickeltes Land nicht entwickeln könne, und daß sie das Prinzip des Privateigentums beibehalten will. "Der Aprismo ist nicht kommunistisch und nicht kapitalistisch." Die APRA, die sich als die "wahre neue Linke Lateinamerikas" versteht, will die Partei des Volkes sein.

So beschwört Alan Garcia bei dem großangelegten "Dia de Fraternidad" (Tag der Brüderlichkeit) in Lima Ende Februar vor einer halben Million begeisterter Peruaner die "Einheit der Nation", um die Krise zu überwinden. In seiner Rede, die live via Radio und Fernsehen in alle Landesteile übertragen wurde, fordert er den "großen Kampf gegen Ungerechtigkeit und Hunger, gegen Unordnung und Anarchie," achtet jedoch auf die Garantie von Meinungsfreiheit und Streikrecht. Die populistische Ansprache prangt denn auch auf den Wahlplakaten, die allenthalben in Peru zu sehen sind: "Mi compromiso es con todos los peruanos." (Ich verpflichte mich allen Peruanern.)

Dazu paßt der Beschluß der Partei, daß Alan Garcia sich keinem Streitgespräch mit den anderen Präsidentschaftskandidaten stellen wird. Dies wird von Seiten der Linken heftig kritisiert: die APRA lebe in den Wolken, habe keine konkreten Pläne und habe in den letzten Jahren nur Allgemeinplätze verbreitet. Garcia - so die Kritik - drücke sich um eine klare Position in der so wichtigen Nationalisierungsfrage,

die Aussage des Maximalprogramms scheine Makulatur zu sein. Zudem lasse sich die Kontinuität der Wirtschaftspolitik schon daran erkennen, daß ein so zweifelhafter Mann wie Silva Ruete bei der APRA als Kandidat auftaucht, der unter der Militärdiktatur die Interessen des Kapitals vertrat. Die Linke erinnert daran, daß die APRA sich früher durch Streikbruch und gelbe Gewerkschaften als Verräter der Volksbewegung ausgezeichnet habe und daß Garcias Beteuerung nur Rhetorik sei, mit dieser Vergangenheit zu brechen.

Weniger seriös und wohl auch unwirksam sind die personalistischen Tiefschläge der Rechten, der Versuch der Illustrierten "Oiga", Garcia eine Spende von einer Million Dollar durch den nordkoreanischen Botschafter anzuhängen und das Bestreben der Medien, seine Aussagen gegen die der Nr. 2 der APRA-Liste, des Kandidaten von 1980 Villanueva auszuspielen.

AP, CONDE UND IZQUIERDA UNIDA

Die Partei des gegenwärtigen Präsidenten Belaunde Terry, Accion Popular (AP), hat abgewirtschaftet. Und zwar so stark, daß ihre Existenz als bedeutende Partei Perus in Frage gestellt ist. Obwohl der neue Präsidentschaftskandidat Javier Alva selbst die Regierungspolitik kritisiert, sich nationalistisch und provinzfreundlich gibt, ist er ohne Chance; 7,1% fielen bei der letzten Umfrage auf ihn. Zu stark wird der AP die Schuld an der wirtschaftlichen Not gegeben, die - für ihn ungünstig - durch die Erhöhung der Benzinpreise noch einmal drastisch sichtbar wird.

Nicht viel besser sieht es für Luis Bedoya (Partido Peruano Cristiano PPC - Christliche Partei Perus) aus, dem Präsidentschaftskandidaten der Convergencia Democratica (Zusammenschluß von PPC und MBH), der im Falle seines Wahlsieges einen totalen Krieg gegen den Rauschgifthandel ankündigt. Trotz der groß angelegten "Operación Bedoya" der Wirtschaft und der Rechten in den Medien erhielt er bei der Umfrage nur 7,8%. Aus Angst davor, daß die APRA bereits im ersten Wahlgang siegt, wären sie jetzt sogar bereit, ein Bündnis mit dem parteilosen Kandidaten der Linken Alfonso Barrantes Langan einzugehen.

Barrantes, dem als Bürgermeister von Lima gegenüber Alan Garcia große politische Erfahrung zugute gehalten wird, ist der Spitzenkandidat der Izquierda Unida (IU), einem Wahlbündnis nahezu aller linken Organisationen, das bei den Kommunalwahlen seit 1980 beträchtliche Erfolge hatte. Die großen Erwartungen konnten von den linken Bürgermeister, die vom Parlament z.T. materiell ausgehungert wurden, in den großen Städten Lima und Cuzco jedoch nicht erfüllt werden. Hinzu kommen interne Schwierigkeiten wie z.B. der Kon-

flikt um die Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan, die die Partido Comunista (Unidad) zum Springpunkt ihres Verbleibens im Bündnis macht.



Alfonso Barrantes

Den von rechten Zeitungen fingierten Rückzugsabsichten wegen seines schlechten Gesundheitszustandes - es wird von 30 Nierensteinen gesprochen - tritt Barantes mit einer Reihe von Großveranstaltungen entgegen, auf denen er als "Tio Frijolito" gefeiert wird (In diesem Kosenamen wird Barrantes' Verbundenheit mit den Armen ausgedrückt, deren Hauptnahrung aus Reis und Bohnen - Frijoles besteht). Die Parole "Mi compromiso es con los pobres" (Ich verpflichte mich den Armen) soll mit der Nationalisierung von Banken und Bergwerken, einer "integrierten Dezentralisierung" umgesetzt werden, die die politische Selbständigkeit der Provinzen und der Rathäuser ermöglichen soll. Die Priorität soll vor allem bei der Agrarreform liegen, um die Lage der Campesinos zu verbessern.

Der Angst vieler potentieller Wähler der Izquierda Unida, daß ein Wahlsieg der IU einen Militärputsch zur Folge habe (und die deswegen möglicherweise die APRA wählen), entgegnet Barrantes mit der Behauptung: "Die Mentalität der Armee hat sich seit 1968 (dem letzten Putsch) geändert; sie ist nicht mehr das willige Werkzeug des Kapitals." Ob sich die IU, die bei der Umfrage vom Februar 1985 23,1% erhielt, wirklich auf der "Straße zum Sieg befindet", wie die "Unidad" (PCP) schreibt, wird der 14. April zeigen. Die Umfragen sprechen für Alan Garcia und die APRA.

MITTELAMERIKA

Friedensmarsch durch Mittelamerika

1984 hat ein Friedensmarsch quer durch die USA stattgefunden. Eine Gruppe von Leuten aus USA, Indien und Berlin, die sich auf diesem Marsch kennengelernt haben, befinden sich jetzt auf einem Friedensmarsch durch Mittelamerika. Sie erklären ihr Anliegen im folgenden Text.

Wir sind eine Gruppe friedliebender Menschen aus verschiedenen Ländern. Wir reisen zu Fuß seit dem 30. Januar 1985. Die Friedenswanderung durch Mittelamerika ist aus dem Wunsch tausender Menschen geboren, die den Frieden in der Welt und besonders in den Ländern Mittelamerikas lieben. Wir haben den Friedensmarsch in der Universität für den Frieden nahe San Jose, Costa Rica, begonnen. Wir wollen durch Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala nach Norden gehen und in San Cristóbal de las Casas im Staat Chiapas, Mexiko, ankommen. Diese Reise wird etwa fünf Monate dauern.

Wir sind dafür ausgerüstet, unter freiem Himmel auf dem Feld zu schlafen. Wir benutzen Handkarren, um unser Gepäck zu befördern. Wir wünschen die Möglichkeit, Sie persönlich zu treffen, wenn Sie nichts dagegen haben. Außerdem laden wir Sie ein, mit uns zu gehen, morgens, nachmittags oder wann immer Sie Zeit haben.

Lassen Sie uns unsere Absicht und das Ziel dieser Initiative erklären:

Wir kommen, um zu lernen, zuzuhören und zu verstehen. Wir kommen mit offenen Gedanken und Herzen. Wir kommen in friedlicher Absicht und erwarten auch in Frieden zu gehen. An unserer Wanderung nehmen viele Leute mit verschiedenen Berufen und verschiedenem Glauben aus mehreren Ländern und verschiedenen Kulturen teil.

Wir wünschen, daß unsere Wanderung für den Frieden als Verbindung dient, zwischen den Völkern Mittelamerikas und dem Rest der Welt. Sie soll eine lehrende Erfahrung sein, um das Verständnis der Kulturen, Lebensweisen, vor allem der Sorgen der Völker näher zu bringen. Wir kommen mit dem Wunsch, Zuschauer zu sein, nicht parteiisch, um fähig zu sein, beiden Seiten zuzuhören. Wir sind weder Rechte noch Linke, weder Kapitalisten noch Kommunisten. Wir glauben nur,

daß die Menschen überall den Wunsch haben, in Frieden zu leben. Als Menschen, die sensibel sind für die Welt, sind wir interessiert, das menschliche Leiden in allen Teilen der Welt zu lindern. Wir kommen nicht in der Absicht, jemanden zu beschuldigen. Wir kommen nicht, um zu richten.

Wir haben die Menschen verschiedener Länder eingeladen, Friedensbotschaften für Mittelamerika zu schicken und wir wünschen, sie dem Volk Ihres Landes mitzuteilen. Außerdem wünschen wir, von den Menschen jeden Dorfes Ideen zur Schaffung des Friedens und zur Erhaltung des Friedens zu bekommen. Es ist nicht unsere Absicht, existierende Friedensprogramme oder Initiativen zu gefährden.



Comadres

Das Komitee der Mütter und Angehörigen der politischen Gefangenen, Verschwundenen und Ermordeten in El Salvador, Comadres, erhielt den „Robert-Kennedy - Menschenrechts - Preis“. Die mit 30.000 Dollar dotierte Auszeichnung wurde im November letzten Jahres erstmals verge-

ben, die Mütter der Verschwundenen wurden unter 40 Menschenrechtsorganisationen ausgewählt. Geplant war eine große Preisverleihung in der Universität von Georgetown und eine anschließende Tournee der Mütter durch die Vereinigten Staaten. Doch die Regierung der USA legte sich quer: Vier Komitee-Frauen sollten anreisen, dreien wurde die Einreise in die USA verweigert. Begründung: Sie ständen in Verdacht, mit „anarchistischen oder kommunistischen Gruppen zusammen-

zuarbeiten“. Nur eine Frau, Alicia de Garcia, erhielt das Visum – sie hatte es allerdings in der US-Botschaft in Argentinien, nicht in San Salvador beantragt. Sie nahm den Preis stellvertretend entgegen und sprach über die Arbeit des Mütter-Komitees, das es nun seit knapp neun Jahren gibt, und das trotz Verfolgung und Morddrohungen, Verhaftung und Folterung von Mitgliedern, nicht aufgibt, nach dem Verbleib der zahllosen „Verschwundenen“ und Ermordeten zu fragen. – Ein Stein des Ansto-

ßes für die Salvadorianische Regierung wie auch für die USA, die die Terror-Politik aufrechterhalten und unterstützen. Das „Third-world-women's-Projekt“ des Institute for Policy Studies in Amsterdam plant nun eine Tournee der Comadres durch Westeuropa – ausgehend von einer Veranstaltung in Genf zum 8. März. Im April werden die Comadres auch in die Bundesrepublik kommen. Kontakt: Ellen Diederich, Paulus Potterstraat 20, 1071 DA Amsterdam, Niederlande, Telefon 0 20 / 6 26 60.

aus: EMMA Nr.3, März 1985

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 83, März 1985

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Deutsches Kapital in Brasilien; Analyse des "Brasilianischen Institutes für soziale und wirtschaftliche Analysen" / Bericht und Hintergrund: Menschenrechtsverletzungen in El Salvador / Auf den Spuren des Pilatus: Schweizer Schulungsflugzeug in Guatemala / Hinterhof für immer? Zur Situation in der Karibik nach der Grenadainvasion / Die Geschichte der Katio-Indianer in Kolumbien / Wie Pinochet und Thatcher den Malvinenkrieg gewannen / Ländernachrichten zu Brasilien, El Salvador, Nicaragua, Peru / Solidaritätsbewegung: 15 Monate Arbeitsbrigaden in Nicaragua / Ausverkauf kritischer Solidarität / Prozeß gegen den BAYERNKURIER / Aktion Sobradinho / Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte

blätter des iz3w Nr. 123, Februar 1985

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Die Brücke - Bericht einer israelischen Soldatin / Neue Medien / Bevölkerungs-politik in Singapur / Irakische Flüchtlinge im Iran / Contadora am Ende? / Militarisation im Pazifik / Schwarze Gewerkschaften in Südafrika / Klärschlamm in die Dritte Welt? / Attentat auf türkisches Frauenzentrum in Berlin / Nahrungsmittelhilfe

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 88, Feb. 1985

Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Aufruf zum 9. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 16. - 19. 5. in Freiburg: "Ökologie und Dritte Welt" / Paraguays Diktator als Gast der BRD?! / Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel / Nachlese zu "Ein Tag für Afrika" / Rüstungsexportbrief / Pharmabrief / Agrobrieft / Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen / Mahnwache zum Völkermord an den Tsimen / Gespräch mit Asylbewerber

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA Nr. 1 '85 (Jan./Feb)

Blücherstr. 14, 5300 Bonn1

Schwerpunkt: Regionale Abhängigkeiten: Kooperation oder Abhängigkeit - Widerspruch zwischen SADCC und CONSAS bleibt auch nach Nkomati / Nkomati war nur der erste Schritt - Der Krieg in Mosambik geht weiter, Investitionshoffnungen bleiben gedämpft / Ein Enklavenstaat am Gängelband - Lesotho unter wirtschaftlichem Druck / PTA: Gehversuche einer Freihandelszone / Südafrika: USA und Apartheid / Reagans Kampf gegen den 'Internationalen Terrorismus' / Neue DM-Anleihen an SATS, ESCOM und Apartheid-Regierung / Die agrarwissenschaftliche Zusammenarbeit BRD-Südafrika Namibia: Neuer Anlauf zur 'internen Lösung' / Zimbabwe: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Der Zimbabwe Congress of Trade Unions braucht eine neue Führung / Die Gewerkschaft der Bergarbeiter in Zimbabwe / Mosambik: Emanzipation durch Familienharmonie? Außerordentliche Konferenz der OMM / Spurensicherung in Deutsch-Südwest - 'Vergangenheitsbewältigung' à la DSAG

epd-Entwicklungspolitik 5/85 (März)

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 17

Entschuldung durch Handelsliberalisierung - ein neuer Vorstoß der UNCTAD / Führer gegen Avantgarde? Nachbetrachtung zum Führungskonflikt in Grenada vor der US-Invasion / "Rüstungswerbung ist verboten" Vorschlag zur Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes

AIB Nr. 3/1985

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Vom Sinn der Hungerhilfe / Südwestasien: Das US-Zentralkommando / Libanon: Israels erzwungener Rückzug / Palästina: Was gefährdet die PLO? / Pazifik/Philippinen: Konstanter Druck auf Marcos / Brasilien: Neves setzt sich durch / Paraguay: Stroessners Tage sind gezählt; Ein Diktator steht ins Haus / Westsahara: Marschierst Hassan gegen Algier? / Kolonialismus: Symposium "100 Jahre Berliner Konferenz" / Frieden und Dritte Welt: Deklaration von Dehli / Kultur: Gespräch mit Jean-Marie Adiaffi

Eingegangene Bücher

Latinamerika - Analysen, Daten, Dokumentation 2: Chile - Opposition gegen Wirtschaftsmodell und Diktatur, Hamburg 1985, 104 S. Bezug: Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglacis 8, 2 000 Hamburg 36

Die politischen Gefangenen in Peru. Eine Information zu aktuellen Situation. Januar 1985. Peru-Gruppe, Kronenstr. 16, 7800 Freiburg

Die Arbeiterbewegung El Salvadors. Hrsg.: Sistema Radio Venceremos, 1985, 80 S., Bezug: SRV, Lütticher Str. 64-66, 5 Köln 1

Thomas Merton: Der Berg der 7 Stufen. Autobiografie. Benziger Verlag, Zürich - Einsiedeln - Köln 1985, 441 S.

Latin American Working Group: Central American Women speak for themselves. 1983, 104 S. Bezug: LAWG, PO Box 2207 Station P, Toronto Ont. M5S 2T2, Canada

Hans Mayer, Christoph Menke, Werner Siemens: Energie für die Armen? Traditionelle Brennstoffe in Indien. ASA-Studien 2, Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 195 S.

Jutta Berninghausen, Birgit Kerstan (Hrsg.): Die unsichtbare Stärke: Frauenarbeit in der Dritten Welt. Entwicklungsprojekte und Selbsthilfe. ASA-Studien 3, Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 310 S.

Reimund Anhut: Der Wachstumshunger - Armutsbekämpfung durch Entwicklungspolitik. ASA-Studien 4, Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 146 S.

Tino Thun: Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland - Argentinien 1976 - 1983. Vorwort von Ernst Käsemann und Osvaldo Bayer. Verlag CON Periferia, Bremen 1985, 207 S.

Mario Payeras: Wie in der Nacht die Morgenröte. Tagebuch einer guatemalteken Guerilla. Rotpunkt-Verlag, Zürich 1985, 150 S.

Chile - Ein Folterer packt aus. Interview mit Andres Antonio Valenzuela Morales, Mitglied der Geheimpolizei der chilenischen Luftwaffe. Bezug: Vereinigung für die Verschwundenen und politischen Gefangenen in Chile, Postfach 201314, 2 000 Hamburg 20.

Celso Furtado: Akkumulation und Entwicklung. Zur Logik des industriellen Zivilisationsprozesses. Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1984, 152 S.

Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.): Nahua-Script 5: Der Konflikt um Nicaraguas Miskito-Indianer, Wuppertal 1985, 152 S.

Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la
información Latinoamericana



NOTICIERO LATINOAMERICANO es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbase o adquiera en las principales librerías y kioscos especializados.

PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramírez, Kath.-Eberhard-Str. 6, 8013 HAAR-Tel: (089) 4603906; y Héctor Barrientos, Ludwigkirchstr. 9-A, BERLIN 15 Tel: (030) 8819262



EIN FOLTERER PACKT AUS

Die Züricher Wochenzeitung (WoZ) hat den bislang publizierten Text des Interviews, das der chilenische Geheimdiensteserteur A. Valenzuela der Journalistin M. Gonzalez gab, zusammen mit einer Dokumentation des Falls herausgegeben.

Erhältlich für DM 10,- incl. Porto gegen Voreinsendung des Betrags als Geldschein, Briefmarken oder Scheck beim LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2 1000 Berlin 61

Das Interview allein kann man bei der Vereinigung für die Verschwundenen und politischen Gefangenen in Chile Postfach 20 13 14 2000 Hamburg 20 für DM 2,- beziehen.

Radio Venceremos

Offizielle Stimme der FMLN / El Salvador



SISTEMA RADIO VENCEREMOS
LÜTTICHER STR. 64-66
5000 KÖLN 1
TEL. (0221) 52 31 92

Die Arbeiterbewegung El Salvadors

- Historische Voraussetzungen
 - Wirtschaftliche Grundlagen
 - Die Anfänge des Proletariats, der Bauern- und Handwerkschicht
 - Der Volksaufstand vom 22. Januar 1932
 - Reaktivierung und Neuorganisation der Arbeiterbewegung
 - 1983: Die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse in der salvadorianischen Revolution
 - Krieg und Klassenkampf
- 3 DM plus 0,80 Porto

Radio Venceremos, Informationsmittel der FMLN, politisches Projekt des Volkes

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Tätigkeit des Radios, seinen Aufbau, seine Geschichte und Programme.

2 DM plus 0,80 Porto

Wofür kämpft die FMLN?

von Comandante Joaquín Villalobos, von der Comandancia General der FMLN

erhältlich in spanisch und deutsch, 3 DM plus 0,80 Porto

Dokument der Comandancia General der FMLN über die revolutionäre Situation und Eskalation der US-Intervention im salvadorianischen Krieg

40 Seiten, in deutsch 3 DM plus 0,80 Porto

Abonnieren kann man bei uns außerdem:

Señal de Libertad - Signal der Freiheit in deutscher Sprache, die internationale Zeitschrift von Radio Venceremos, erscheint etwa 6-wöchig.

Ein Abonnement kostet für 6 Hefte 15,- plus Porto für 12 Hefte 25,- plus Porto

